

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 9. Juni 1900.

Inserats die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum 80 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Gultpolstraße Nr. 9.

Inhalt: Die Geschäftslage in der Metall- und Maschinenindustrie. - Bürgerliches Gesetzbuch und Unfallversicherungsgesetz. - Amerikanische Industriekommissionen. - Feinde der Krankentassen. - Reichs-Gewerbeschulgesetz und Hoch- u. Mittelschulen aus der Metallindustrie. - Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. - Abrechnung der Hauptkasse pro Mai. - Korrespondenzen. - Rundschau. - Gerichtszeitung. - Literarisches.

Zur Beachtung.

Folgendes ist fernzuhalten:

- von Eiselleuren nach München (Roth); von Drechern nach München (Roth), nach Forau (Niederlausitzer Maschinenbau u. S.), nach Nürnberg (Braun) Str.; von Emaillewaarenarbeitern nach Duisburg (W. Buller, Blechwaarenfabrik u. Emaillewerk) M.; von Feilenbauern nach Hamburg (Firma Walter) M.; von Maschinern (Klempnern) nach Brandenburg, nach Düsseldorf (Wortmann & Ebers), nach Duisburg (W. Buller, Blechwaarenfabrik u. Emaillewerk) M., nach Göttingen, nach Halle, nach Lüneburg, nach Nürnberg (Bing) M., nach Rostock i. Mecklenburg (A.), nach Selingen, nach Stettin u.; von Formern und Gießereiarbeitern nach Bismarckwerda (F. A. Grosse) M., nach Darmstadt (Luther Aktien-Gesellschaft) D., nach Jurlach, nach Oberswalde (Budde u. Schöde) St., nach Göttingen (Werkzeug- u. Maschinenfabrik, u. S.), vorm. Aug. Paschen) M., nach Gera (Maschinenbau u. S.), nach Groß-Zuhleim u., nach Neumarkt i. Oberpf. Str., nach Magdeburg-Zuckau (Maschinenfabr. Budau u. S.), nach Neustadt a. Hardt (Reich-Schmitt), nach Nürnberg Str., nach Sorau, nach Wittenberg, Bez. Halle, M.; von Glühlampen nach München (Roth); von Metallarbeitern aller Branchen nach Breslau (Waggonfabrik), nach Elberfeld-Züpperrath (vorm. Beyer u. Co.) M., nach Gräfrath bei Wald (Hörsingland), nach Lübeck (Schiffswerft Henry Koch und Lübecker Maschinenbau u. S.) M., nach Mühlhausen (Köhler) D., nach Grimmitzschau (Kirmse) D., nach Nürnberg (Braun) Str., nach Striegau in Schl., nach Mainz u.; von Metalldrückern nach Nürnberg (Bing) M.; von Metallgießern nach Nürnberg (Braun) Str.; von Metallschlägern nach München (St.); von Plantnern nach Düsseldorf (Wortmann & Ebers); von Schleifern nach Bielefeld (Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik, nach München (Roth)); von Schlossern nach Harthau i. S. (Drechsler u. Wagner, Geldschrankfabrik), nach Langensfeld b. Barmen (Sedmann) D., nach Nürnberg (Braun) Str., nach Paunsdorf (S. Böttcher) Str.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; u. Wohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Geschäftslage in der Metall- und Maschinenindustrie.

(Schluß.)

Das im ersten Artikel von der Wirtschaftslage entworfene Gesamtbild möchten wir noch durch einige Einzelheiten verständlicher machen, und zwar an der Hand der von den Aktiengesellschaften in ihren Geschäftsabschlüssen gemachten Mitteilungen. So berichtet die Sangerhauser Maschinenfabrik und Eisengießerei, daß für 1901 bereits Aufträge von 1 3/4 Millionen Mk. vorliegen. Die Kilmann'sche Wellblechfabrik in Remscheid hat Aufträge für 600 000 Mk., um 120 000 Mk. mehr als 1899. Bei der Düsseldorf-Maschinenbau-Akt.-Ges. betrug der Umsatz des laufenden Geschäftsjahres bis Ende März um 20 Proz. mehr als zu derselben Zeit des Vorjahres. Heim, Lehmann u. Co. in E-lin verzeichnen Aufträge von 5 800 000 Mk. Die Gasmotorenfabrik Deutz bei Köln nahm für 2 730 000 Mk. Aufträge mit in das neue Geschäftsjahr hinüber. Der Auftragsbestand der Kölnischen Maschinenbauanstalt Köln-Bayenthal be-

trug 3 870 000 Mk. gegen 2 820 000 Mk. im Vorjahr. Die Waffenfabrik Mauser in Oberndorf nahm in das neue Jahr für 2 400 000 Mk. Aufträge herüber. Die Lokomotivfabrik Kraus u. Co. in München hatte bis Ende März einen Auftragsbestand von rund 12 Millionen Mk. gegen ca. 10 Millionen Mk. im Vorjahr. J. Heber Hütte und Peiner Walzwerk hatten einen Auftragsbestand von 1 476 171 (1899 1 646 641), die Dortmunder Union einen solchen von 2 177 291 im Werte von 37 945 600 Mk. gegen 2 199 391 im Werte von 35 777 110 Mk. Man beachte die bedeutende Differenz der viel höheren Werthsumme bei geringerem Auftragsbestand. Die deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin-Karlsruhe berichten von 19 1/2 Millionen (1899 21 Millionen) Aufträgen, zu denen noch 2 1/4 Millionen (1 1/2 Millionen) hinzukamen. Beim Ottenser Eisenwerk in Altona-Ottensen übersteigt der Auftragsbestand den vorjährigen um 13 Proz.

Eine große Anzahl weiterer Aktienunternehmungen macht über den Auftragsbestand keine ziffermäßigen Mitteilungen; es heißt da nur, es liegen zahlreiche Aufträge vor, man sei voll beschäftigt, man habe genügende und lohnende Arbeit, das Jahresergebnis werde wieder ein befriedigendes sein u. s. w. So berichtet die Königin Marienhütte zu Sainsdorf i. S., daß in allen Zweigen die reichliche Beschäftigung anhalte. Eisen- und Stahlwerk Hösch: Der Geschäftsgang ist ein überaus lebhafter, in den letzten Monaten sind neue Aufträge sehr zahlreich eingegangen, so daß der Bestand an solchen wesentlich höher ist, als er im Vorjahre war, auch bringen sie ansehnlich erhöhte Preise. Akt.-Ges. für Brückenbau, Tiefbohrung und Eisenkonstruktionen in Neumied a. Rh.: Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind sehr günstig. Polophon-Musikwerke in Wahren-Leipzig: Es liegen belangreiche Aufträge vor. Akt.-Ges. Neptun Schiffswerft und Maschinenfabrik in Rostock: Die Werft ist über das erste Semester 1901 hinaus voll beschäftigt. Lübecker Maschinenbau-Ges.: Die Aussichten sind gute, das Werk ist bis zum Herbst mit lohnenden Aufträgen versehen. Eisenwerk vorm. Nagel u. Rämp in Hamburg: Die erweiterten Werkstätten sind voll beschäftigt. Frankfurter Maschinenfabrik in Frankfurt a. M.: Der Geschäftsgang im laufenden Jahre ist ein befriedigender. Akumulatoren- und Elektrizitätswerke vorm. Böse u. Co. in Berlin: Es liegen bereits ansehnliche Aufträge vor und eine Reihe aussichtsreicher Geschäfte steht vor dem Abschluß. Maschinenfabriken vorm. Gebr. Guttman u. Breslauer in Breslau: Die neu aufgenommene Fabrikation von Eis- und Kühlmaschinen gestaltet sich befriedigend, die Fabrik wurde vergrößert, neue Maschinen und Werkzeuge wurden angeschafft. Nächstens soll die Eisengießerei erheblich erweitert und die Metallgießerei wegen des wachsenden Umsatzes in Wassermessern vergrößert werden. Die Eisenindustrie zu Mendon und Schwerte berichtet, daß das Quantum der gebuchten Aufträge außerordentlich groß sei bei sehr lohnenden Preisen. Die Akumulatoren-Fabrik Berlin-Hagen stellt ihren Aktionären „ein günstiges Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres in Aussicht.“ Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei in Halle a. S.: Reichliche Aufträge und lohnende Beschäftigung für das ganze laufende Jahr gesichert. Nähmaschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Seidel u. Naumann in Dresden: Bei gleichen Abschüssen auf Fahrräder wie im Vorjahr und flottem Eingang laufender Aufträge erhofft die Verwaltung für 1900 ein befriedigendes Ergebnis. Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Breuer in Höchst a. M.: Die Fabrik ist mit lohnenden Aufträgen reichlich versehen, der Umsatz in den ersten Monaten steigerte sich um 15 Proz. Siegen-Solinger Gußstahl-Aktienverein: Bis Ende 1900 ist die gesteigerte Gesamtproduktion nahezu ganz verkauft. Berthold Messinglinienfabrik und Schriftgießerei in Berlin: Die Gesellschaft hat im laufenden

Jahre alle ihre Betriebe gut beschäftigt. Königs- und Laurahütte: Die am Schlusse des Halbjahres vorliegenden festen Aufträge sind dem Quantum und dem Werte nach gegen die entsprechende Summe im Vorjahr sowohl, wie auch gegen diejenige am Beginn des laufenden Geschäftsjahres noch gestiegen und sichern den Werken zum Theil bis Ende des laufenden Kalenderjahres eine lohnende Beschäftigung. Howaldtwerke in Kiel: Der Schiffbau befindet sich in einer Periode ganz außerordentlicher Entwicklung, die Aussichten für eine weitere Zukunft sind durchaus befriedigend. Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“: Die Geschäftslage in der Schiffbau- und Lokomotiven-Abtheilung ist andauernd günstig, doch warnt die Verwaltung vor übertriebenen Erwartungen betreffend die Flottenvermehrung, die sehr überschätzt werde, da sich die Aufträge sehr vertheilen werden. Für das laufende und theilweise auch für das nächste Jahr ist die Werft annähernd voll beschäftigt. Adler-Fahrradwerke in Frankfurt a. M.: Für das laufende Jahr sind die Aufträge wiederum wesentlich höher als in irgend einem früheren, so daß bei nur einigermaßen normaler Witterung die kommende Saison (der Bericht datirt vom März) gute Aussichten bietet. Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Akt.-Gesellschaft in Berlin: Das laufende Geschäftsjahr bietet günstige Aussichten, da die Gesellschaft bis zu seinem Ende mit Arbeiten zu guten Preisen befaßt sei und noch in Materialien Abschlässe zu annehmbaren Preisen habe. Schwierigkeiten erwachsen allerdings durch die langen Lieferfristen der Werke; doch hofft die Verwaltung dieselben zu überwinden. Oberschlesische Eisenindustrie zu Gleiwitz: Die Gesellschaft ist auf 6 Monate hinaus mit Aufträgen zu lohnenden Preisen versehen und die Aussichten für den Abschluß des laufenden Jahres sind durchaus befriedigend. Harzer Werke zu Mübelsand u. Zorge: Sämtliche Betriebe sind für lange Zeit zu guten Preisen mit Aufträgen reichlich versehen. Metallwaarenfabrik Bär u. Sohn in Berlin: Die Aussichten des laufenden Jahres seien günstig, Aufträge liefen hinreichend ein, und eine Anzahl neuer Fabrikationsgegenstände ließe einen größeren, lohnenden Umsatz erhoffen. Duisburger Eisen- und Stahlwerke in Duisburg: Die Gesellschaft ist bis nahezu Ende 1900 mit lohnenden Aufträgen versehen. Die Aussichten sind günstig.

Alle diese Einzelheiten, die sozusagen aus der Urquelle geschöpft sind, wie auch das im ersten Artikel gegebene Gesamtbild zeigen unseren Lesern den überaus günstigen Stand der Metall- und Maschinenindustrie, die noch mit Arbeit überhäuft ist, eher Mangel als Ueberfluß an Arbeitern hat: die jede Lohnreduktion, jede sonstige Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse als grundlos und frivol, alle Bestrebungen unserer Kollegen auf Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse dagegen als vollberechtigt und vom Standpunkte der Weiterentwicklung unserer Kultur als durchaus notwendig erscheinen läßt. Unsere Kollegen wissen nun auf Grund dieser thatsächlichen Information, was sie von etwaigen Klagen von Unternehmern oder von Zeitungen über das „schlechte Geschäft“, über „unrentablen Betrieb“ zc. zu halten haben. Darum auch kein Rückwärts, sondern nur ein Vorwärts! —

Was die Geschäftslage im Auslande betrifft, so befindet sich der belgische Eisenmarkt trotz vorübergehender Krisengerüchte in günstiger Situation, die durch angekündigte Aufträge im Betrage von 200 Millionen Frank. für Oberbaumaterial, welche die belgische Staatsbahnverwaltung vergeben will, noch mehr befestigt werden wird. Auch aus Oesterreich lauten die Berichte günstig, ebenso aus Frankreich, aus der Schweiz zc. In England ist die Marktlage, wie schon im vorigen Jahr, immer etwas schwankend, im Allgemeinen aber ist sie nicht ungünstig und theilweise besteht sogar Arbeitermangel, der wohl im südafrikanischen Krieg seine Ursache hat. Die Hüttenarbeiter haben auf Grund der abnehmenden Lohnsätze

Lohnerhöhungen von 2 1/2 Proz. im Norden Englands, bis zu 5 Proz. in Schottland erhalten.

Schwankend, wie in England, ist die Geschäftslage auch in Amerika, doch kann sie nicht als schlecht bezeichnet werden. Dafür spricht die einzige Tatsache, daß in Troy im Staate New-York ein großes Establishment, das gegen 1000 Arbeiter beschäftigt, wegen Mangel an Roheisen geschlossen werden mußte. In den Vereinigten Staaten sind es namentlich umfangreiche neue Eisenbahnbauten, die viel Arbeit bringen. So wurden im Jahr 1899 auf 340 Linien zusammen 4588 Meilen neue Schienenstränge gelegt und für das laufende Jahr sind nicht weniger als 59,000 Meilen projektiert. Da mangelt es gewiß nicht an Arbeit.

So ist also die ganze wirtschaftliche Weltlage keine ungünstige und daher zu einer pessimistischen, entmutigenden Auffassung der Verhältnisse kein Grund vorhanden.

### Bürgerliches Gesetzbuch und Unfallversicherungsgesetz.

Eine der am meisten umstrittenen Fragen bei Beratung der Unfallversicherungsgesetz-Novelle im Reichstage war die des Schadenersatzes. Wie schon früher des öfteren, so wurde auch diesmal wieder nur seitens der Sozialdemokraten die Anerkennung der Pflicht des vollen Schadenersatzes gefordert, und zwar unter Hinweis auf die diesbezüglichen im Bürgerlichen Gesetzbuch sanktionierten Grundsätze.

Diesen Grundsätzen nach ist allerdings, entsprechend dem römischen Recht, wie fast aller anderen seither bestandenen Rechte, die Deliktshaftung prinzipiell auf die Fälle des Verschuldens beschränkt; die Schadenersatzpflicht für unverschuldetes Unrecht ist ausgeschlossen. Aber für alle die Fälle wenigstens, in denen das Leben, der Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines Anderen vorsätzlich oder fahrlässig widerrechtlich verletzt wird, ist die Pflicht vollen Ersatzes des daraus entstehenden Schadens konstruiert. Wer zum Schadenersatz verpflichtet ist, hat den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre. Der zu ersetzende Schaden umfaßt auch den entgangenen Gewinn. Die Verpflichtung zum Schadenersatz erstreckt sich auf alle die Nachteile, welche die unerlaubte Handlung für den Erwerb oder das Fortkommen des Verletzten herbeiführt. Wird in Folge einer Verletzung des Körpers oder der Gesundheit die Erwerbsfähigkeit des Verletzten aufgehoben oder gemindert, oder tritt eine Vermehrung seiner Bedürfnisse ein, so ist dem Verletzten durch Entrichtung einer Geldrente Schadenersatz zu leisten. Im Falle der Tötung hat der Ersatzpflichtige die Kosten der Beerdigung demjenigen zu ersetzen, welchem die Verpflichtung obliegt, diese Kosten zu tragen. Auch den Hinterbliebenen des Getöteten hat der Ersatzpflichtige eine Geldrente in voller Höhe des Schadens bzw. eine Abfindung in Kapital zu leisten. Im Falle der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit kann der Verletzte auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Abfindung in Geld verlangen.\*)

Dieses sind die im Bürgerlichen Gesetzbuch aufgestellten Rechtsnormen, für die eine allgemeine einheitliche, unbedingte Geltung in Anspruch zu nehmen ist, mit denen aber die Schadenersatzbestimmungen der Unfallversicherungsgesetze nicht vereinbar sind.

Da kommt zunächst in Betracht, daß nach dem bestehenden Gesetz und auch nach der Novelle ein Schadenersatz erst vom Beginn der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalls ab geleistet wird. Nach wie vor bleibt die Masse derjenigen durch Unfall Verletzten, welche kürzere Zeit als dreizehn Wochen erwerbsunfähig bzw. in ihrem Erwerbe beschränkt sind, ausgeschlossen vom Rechte, Schadenersatz zu beanspruchen. Daß sie während dieser Zeit Kranken-Unterstützung genießen, auf die sie sich durch Beitragsleistung einem Rechtsanspruch erworben haben, kann als Ausgleich nicht erachtet werden. Die völlig willkürlich zu Gunsten der Unternehmer vorgenommene Benachteiligung des Krankenkassenwesens mit der Unfallversicherung, die Überbürdung der Krankenkassen mit einem sehr erheblichen Theile der Unfallkosten widerspricht, abgesehen von den Rechtsnormen des Bürgerlichen Gesetzbuches, auch der prinzipiellen Basis der Unfallversicherung, wonach die Unternehmerschaft allein die Kosten dieser Versicherung in vollem Umfange tragen sollte.

Unter diesen Gesichtspunkten muß der leider abgelehnte sozialdemokratische Antrag, die Karenzzeit

anzuheben oder wenigstens auf vier Wochen zu beschränken, beurtheilt werden. Nach den Beschlüssen des Reichstages soll fortan der Bezug einer Unfallrente nur in einem Falle schon vor dem Beginne der vierzehnten Woche nach dem Unfälle eintreten, nämlich dann, wenn der aus der Krankenversicherung erwachsende Anspruch auf Krankengeld vorher wegfällt, oder bei dem Verletzten eine noch über die dreizehnte Woche hinaus andauernde Beschränkung der Erwerbsfähigkeit zurückgeblieben ist.

Im Uebrigen beschränkt sich die vielgerühmte „Erweiterung der Schadenersatzpflicht“ in dem neuen Gesetze auf Folgendes:

Der Umfang des Heilverfahrens wird in seinen Einzelheiten näher bestimmt, um der widersprechenden Deutung der im bestehenden Gesetz enthaltenen Worte: „Kosten des Heilverfahrens“ ein Ende zu machen. Auch die neuen Bestimmungen, betreffend die Höhe der sogenannten „Vollrente“ für völlige Erwerbsunfähigkeit und der „Theilrente“ im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit sind in der Hauptsache eine schärfere Präzisierung der bestehenden Vorschriften. Es bleibt bei der „Vollrente“ von sechsundsechszigzweidrittel Prozent des Jahresarbeitsverdienstes und bei den bisherigen Normen für Berechnung der „Theilrente“. Nur in drei Fällen sollen fortan Ausnahmen von dieser Regel stattfinden:

1) Wenn der Verletzte in Folge des Unfalles nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden ist, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann. In diesem Falle ist für die Dauer dieser Hilflosigkeit die Rente bis zu 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen.

2) Wenn ein zur Zeit des Unfalles bereits dauernd völlig erwerbsunfähiger Verletzter in Folge des Unfalles derart hilflos wird, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann. Es soll in diesem Falle eine Rente bis zur Hälfte der Vollrente gewährt werden.

3) Wenn der Verletzte aus Anlaß des Unfalles thätig und unverschuldet arbeitslos ist. In diesem Falle kann der Genossenschaftsvorstand die Theilrente bis zum Betrage der Vollrente erhöhen.

Es ist also der nur theilweise Schadenersatz im Prinzip und als Regel aufrecht erhalten worden. Selbstverständlich hat die Majorität des Reichstages in Uebereinstimmung mit der Regierung dieses Prinzip auch da nicht verlassen, wo es sich um die Neuregulierung der Renten für die Hinterbliebenen eines in Folge Unfalles Gestorbenen handelt. Einige Erweiterungen der Schadenersatzpflicht unter nebensächlicher Erweiterung des Kreises der Schadenersatzberechtigten sind allerdings vorgenommen worden. Aber sie halten sich durchaus in den Grenzen, welche der Grundsatz zieht, daß die Berufsgenossenschaften nur für einen Theil des wirklichen Schadens aufzukommen haben. In welchem Maße sich an diesen Grundsatz die Praxis der Berufsgenossenschaften knüpft, die Entschädigung möglichst niedrig zu bemessen, nicht selten unter Anwendung höchst unanständiger Mittel, ist bekannt.

Auch die zwangsweise, unter Androhung des Verlustes der Entschädigungsberechtigung bewirkte Unterbringung des Verletzten in eine Heilanstalt (Heilanstaltsheute), wie überhaupt die sehr weitgehende Unterordnung des Verletzten unter die spekulative Willkür der Berufsgenossenschaften, dient lediglich dem Zwecke, das Unternehmertum der beschränkten Schadenersatzpflicht nach Möglichkeit zu überheben. Das ist eine legalisirte Ungerechtigkeit schlimmster Art. Dem gemeinen Recht ist ein derartiger Eingriff in die persönliche Freiheit des Entschädigungsberechtigten völlig fremd; vor ihm hat die Annahme des Schadenersatzpflichtigen, den Berechtigten zur Unterwerfung unter ein besonderes „Heilverfahren“ zu zwingen, keine Geltung.

Ein wahrer Hohn auf das gemeine Recht ist es weiter, daß das neue Unfallversicherungsgesetz den Betriebsunternehmer, dessen Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteranführer nur dann für den vollen Ersatz des in Folge eines Unfalls erlittenen Schadens haftbar macht, wenn es sich um Hinterbliebene handelt und wenn durch strafgerichtliches Urtheil festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Ein Fall, der kaum jemals vorkommen dürfte! Aber was täglich vorkommt, das ist der durch Fahrlässigkeit, unter Außerachtlassung der Pflicht beruflicher Aufmerksamkeit und Gewissenhaftigkeit herbeigeführte Unfall. Jedoch nicht einmal

dazu konnte die Majorität des Reichstages sich verstehen, die Schadenersatzpflicht auf fahrlässiges Verschulden auszudehnen, wie ein sozialdemokratischer Antrag forderte.

Man hat versucht, diese schroffen Widersprüche gegen das gemeine Recht damit zu „rechtfertigen“, daß man sagte: es handle sich um eine öffentlich-rechtliche Versicherung ohne Rücksicht darauf, ob und wessen Verschulden den Unfall herbeigeführt habe; auch für die Folge der durch Schuld der Arbeiter herbeigeführten Unfälle werde die gesetzliche Entschädigung auf Kosten der Unternehmer gewährt. Und man hat dazu die Behauptung aufgestellt, daß die Zahl dieser Fälle gegen 30 Prozent der Gesamtzahl ausmache, während die von Unternehmern verschuldeten Unfälle nur etwa 17 Prozent aller Unfälle beträgen!! Das ist eine grobe Unwahrheit, wie wir schon früher des öfteren dargelegt haben. Diese Argumentation beweist gar nichts gegen das von uns für die Unfallversicherung in Anspruch genommene Rechtsprinzip. Denn was man „Schuld der Arbeiter“ nennt, das ist in Wahrheit in 99 von 100 Fällen die Schuld des Unternehmers, bzw. der ganzen Betriebsweise, des ganzen Arbeitssystems. Uebrigens ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer schon öfter gefordert haben, dem Arbeiter, welchen fahrlässiges Verschulden bei einem Unfall treffe, den Schadenersatzanspruch zu entziehen!

Jeder nach Maßgabe allgemeiner Rechtsgrundsätze urtheilende Mensch wird zugeben müssen, daß die Regelung der Schadenersatzpflicht im Unfallversicherungsgesetz in der That ein Ausnahmerecht gegen die Arbeiter zum Vortheil der Unternehmer darstellt. Was das Bürgerliche Gesetzbuch allen Reichseingesessenen ohne Unterschied zubilligt, das wird den öffentlich rechtlich gegen Unfall versicherten Arbeitern vorenthalten. Statt die Unfallversicherung den Rechtsnormen des Bürgerlichen Gesetzbuches anzupassen, bleibt sie in einem Gegensatz zu denselben. Das ist die „Rechts-Harmonie“ im bürgerlichen „Rechts-Staate!“

„Echo“.

### Amerikanische Industriekommissionen.

Um in systematischer Weise Forschungen, Untersuchungen und Erhebungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu pflegen und damit die Grundlage für die gesammte wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetzgebung zu schaffen, wurde in den Vereinigten Staaten von Nordamerika durch das Unionsgesetz vom 18. Juni 1898 eine „Industriekommission“ eingesetzt, die bereits eine umfangreiche Untersuchung über Trusts und industrielle Vereinigungen durchgeführt und hierüber einen Bericht\*) veröffentlicht hat. Die Kommission ist zusammengesetzt aus fünf vom Senatspräsidenten gewählten Senatoren, aus fünf Mitgliedern des Repräsentantenhauses, von dessen Vorsitzenden ernannt, und aus neun Vertretern verschiedener Industrie- und Berufszweige, die der Präsident nach Anhörung und mit Zustimmung des Senats ernannt.

Ihre Aufgabe ist, wie das „Korrespondenzblatt“ mittheilt, dahin gehend formulirt: „Alle die Einwirkung, Arbeit, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe berührenden Fragen zu erforschen, dem Kongreß darüber Bericht zu erstatten und geeignete Gesetzesvorschläge auszuarbeiten, mit der Maßgabe, dieselben derart zu verfassen, daß sie eine geeignete Grundlage für eine gleichförmige Gesetzgebung in sämtlichen Staaten der Union bilden können, um so die widerstrebenden Interessen zu vereinigen, und sowohl den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern, als auch den Produzenten und Konsumenten in geeigneter Weise entgegen zu kommen.“ Zur Lösung dieser Aufgaben kann die Kommission Vornahmen von Auskunftspersonen veranstalten, sie kann eine oder mehrere Unterkommissionen aus ihrer Mitte einsetzen, die Erhebungen in irgend einem Theile der Vereinigten Staaten vornehmen sollen. Die Kommission ist ferner berechtigt, Auskunftspersonen vorzuladen, erforderliche Dokumente und schriftliche Aufzeichnungen einzusehen, sowie Eide und Angelobungen abzunehmen. Die Kosten für die Untersuchungen und Arbeiten der Kommission trägt der Staat, doch dürfen dieselben jährlich den Betrag von 50,000 Doll. nicht überschreiten. Die vorläufige Funktionsdauer der Kommission ist auf zwei Jahre festgesetzt. Die innere Organisation der Kommission besteht aus drei Komitees und fünf Subkomitees. Den drei Komitees liegt die geschäftliche und allgemein technische Leitung der Arbeiten ob. Das Organisationskomitee (7 Personen) bestimmt über Anstellung und Verwendung des Bureaupersonals und über die heranzuziehenden Auskunftspersonen. Das Geschäftskomitee (5 Personen)

\*) Hearings before the Industrial Commission on the subject of Trusts and Industrial Combinations. Washington, Government Printing Office 1898.

\*) Vergl. Bürgerl. Gesetzb. § 823 (unter Einbeziehung der §§ 249 und 252, §§ 243 bis 245 und 247.

hat die Oberaufsicht über Amtsalokalitäten und Eigentum der Kommission und bewirkt die nötigen Anläufe, während das Programmkomitee die Reihenfolge und Vorgehensweise für die Arbeiten der Kommission festsetzt und etwaige Änderungen im Arbeitsprogramm begutachtet.

In die eigentlichen Untersuchungen und Arbeiten theilen sich die fünf Subkomitees nach folgenden fünf Gruppen: 1. Landwirtschaft und landwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse; 2. Arbeit und Kapital in industriellen und gewerblichen Betrieben; 3. Arbeit und Kapital in Bergwerksbetrieben; 4. Verkehrswesen und 5. Statistik. Für besondere Zwecke können auch Spezial-Subkommissionen eingesetzt werden. Namentlich sollen die Subkomitees auch die gleichartigen ausländischen Gesetzgebungen hinsichtlich ihrer Wirkungen auf Arbeiter und Unternehmer erforschen und ihre Zweckmäßigkeit und Anwendbarkeit in den Vereinigten Staaten prüfen, inwieweit in diesen eine gleichförmige Gesetzgebung möglich und dem Kongreß und den einzelstaatlichen Legislaturen anzurathen ist. Ihre Reformvorschläge sollen geeignet sein, nicht nur die Verhältnisse der Industrie der einzelnen Staaten gleichmäßiger zu gestalten, sondern auch jeden Anlaß zur Unzufriedenheit, zur Ungleichheit und Ungerechtigkeit für den Arbeiter wie für den Unternehmer durch entsprechende Gesetze möglichst zu beseitigen.

Die Subkomitees sind ermächtigt, sich den Erhebungsplan für jede ihrer Arbeiten selbst festzustellen, was diese nicht hinderte, ihre hauptsächlichsten Fragen nach ziemlich gleichen Grundzügen festzusetzen. Am umfangreichsten ist natürlich der Erhebungsplan des zweiten Subkomitees für Industrie und Gewerbe, entsprechend den hochentwickeltesten Verhältnissen in dieser Gruppe. Wir beschränken uns darauf, diesen Erhebungsplan genauer wiederzugeben und die der übrigen Gruppen nur in ihren speziellen Eigentümlichkeiten zu erwähnen. Jeder dieser Erhebungspläne unterscheidet drei Abschnitte: die Erforschung der Verhältnisse der Arbeiter, ferner der der Unternehmer, sowie endlich die notwendigen bezw. vorzuschlagenden Schutzgesetze.

Der Erhebungsplan der Subkommission für Industrie und Gewerbe umfaßt folgende Fragen:

A. Arbeiter. 1. Arbeitervereinigungen: Statuten und Vorschriften der einzelnen Gewerkschafts- und Arbeitervereine; Eintritts- und Mitgliedsgebühren, Fonds- und Unterstützungseinrichtungen; Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, Zahl der gewerkschaftlichen Arbeiter im Verhältnis zur Anzahl aller Arbeiter in den verschiedenen Industrien und Staaten; Verleihung von Korporationsrechten an Gewerkschaften; Durchführbarkeit und gesetzliche Wirkungen; Verhältnis zur nichtgewerkschaftlichen Arbeiterschaft; Recht des freien Arbeitsvertrages; ungelernete Arbeit, organisierte oder nichtorganisierte;

2. Streiks, Schiedsgerichte, Anwerbung von Arbeitskräften, Ursachen der Streiks, wirtschaftliche Folgen derselben und der Aussperrungen für Arbeiter, Unternehmer und für die Allgemeinheit, Arten der Streiks, Boykotts, schwarze Listen, das Blockieren und Patrouillieren, sonstige Mittel zur Einflussnahme seitens der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer; Gruppenstreiks; Einfuhr neuer oder ausländischer Arbeitskräfte nach erfolgter Anwerbung, Wirksamkeit der die Einfuhr angeworbener Arbeitskräfte verbietenden Gesetze; Einigungs- und schiedsgerichtliches Verfahren auf gesetzlicher Basis und durch fallweise gebildete oder ständige Körperschaften, obligatorische Schiedsgerichte, gerichtliche Verfügungen bei Streiks;

3. Lohnhöhe und Lohnauszahlung; gesetzliche Regelung der Lohnzahlungsfristen, deren Vor- und Nachteile; Zeit und Stücklohn; Ueberstunden, Schichtlohn, bewegliche Lohnskalen (sliding wage scales), deren Wirkung; Minimallohnskalen; „living wage“ (Minimallohn, der zum Lebensunterhalte ausreicht); Stand der Lebensführung; Drucksysteme und Naturallohne, Strafen und Gelbbüßen; Arbeiterhäuser; Unterschiede der Lohnsätze in den einzelnen Staaten und Distrikten; Höhe der Lohnsätze, soziale Lage der arbeitenden Klassen in den letzten 50 Jahren; Einfluß der organisierten Arbeiter auf die Löhne;

4. Arbeitsverhältnisse: Schwankungen in der Zahl der in verschiedenen Industrien beschäftigten Arbeiter, Ueberfluß an Arbeitskräften, Arbeitslosigkeit; Wirkungen neuer und verbesserter Maschinen auf die Arbeitsverhältnisse, Einfluß der Frauen- und Kinderarbeit auf die hierbei beschäftigten Personen, auf die männlichen Arbeiter; Dauer der Schulpflicht der Kinder in den verschiedenen Staaten; Ursachen des Schwankens der Arbeitsgelegenheiten, Durchschnittszahl der Arbeitstage in einem Jahre, Lehrlingswesen, gegenwärtiger Stand und Regelung desselben in einzelnen Staaten und Industriezweigen; Zahl der Arbeitsstunden in einzelnen Gewerben, Industriezweigen und einzelnen Staaten; Sonntagsarbeit, Beschäftigung von Arbeitern durch Bund, Staaten und Gemeinden; Bewegung für Abkürzung des Arbeitstages,

wirtschaftliche und soziale Gründe für und wider dieselbe; Schwitzsystem, Verhältnisse der Schwitzarbeiter, Gesetzgebung der einzelnen Staaten zur Regelung desselben, Vorschläge zur Vereinheitlichung oder Abänderung dieser Gesetze;

5. genossenschaftliche Vereinigungen, Prämienysteme, Beteiligungen der Arbeiter am Reingewinn (industrial partnership) etc., Zweckmäßigkeit und Stand dieser Methoden; sonstige Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen; Alters- und Dienstespensionen, Kranken- und Unfallversicherung, staatliche Versicherungspflicht;

6. Einwanderung und Schulbildung, deren Wirkungen in einzelnen Industriezweigen auf die Beschäftigung in gelehrten und ungelehrten Berufen, auf Arbeitslöhne und sittliche Verhältnisse, Vorschläge zur Regelung der Einwanderung; fremde Arbeiter und Arbeiter schwarzer Rasse; Gelegenheit zum Besuche öffentlicher Schulen, Zweckmäßigkeit der gebotenen Schulbildung für die arbeitenden Klassen, Gewerbeschulen, handwerksmäßige und technische Ausbildung, öffentliche Bibliotheken, Lesehallen, Lyceen;

7. Sträflingsarbeit, deren Wirkungen auf die sonstige Arbeit in einzelnen Industrien und Staaten. Vorschläge zur Ausschließung ihrer Konkurrenz.

B. Unternehmer: 1. Ertrag des in der Industrie angelegten Kapitals während der letzten 50 Jahre im Vergleich zu dem anderer Erwerbszweige (Bankgeschäfte, Landbau, Eisenbahnbetrieb, Handel etc.); Einfluß der Gewerbegesetzgebung auf das industrielle Kapital in den einzelnen Industrien und Staaten; Antheil von Arbeit und Kapital an den industriellen Produkten; Besteuerung der Fabrik- und Handelsbetriebe, Art, Umfang und Wirkung in den einzelnen Staaten; Vorschläge zur Aenderung und Vereinheitlichung der staatlichen und lokalen Besteuerung, Unterschiede in den Frachttariffätzen für Rohprodukte und fertige Waaren; Wirkungen auf das Kapital, auf die Arbeiter und auf bestimmte Gegenden; Fluktuation der industriellen Unternehmungen, natürliche und künstlich erzeugte Ursachen;

2. Gegenwärtige Lage der Industrie, deren Konzentration und Sicherheit; Einfluß auf Preis und Gewinn, auf Löhne und Arbeitsgelegenheiten, auf kleinere Unternehmen, auf Wettbewerb, und Produktion; gesetzliche Regelung der Kartelle und sonstigen Monopoleinrichtungen, Wirksamkeit der bestehenden Gesetze gegen Kartellbildungen und Vorschläge zu deren Aenderung, Verbände von Unternehmern, deren Ursachen und Ziele, Statuten, Abmachungen und Vereinbarungen, sowie Art der zwangsweisen Geltungsmachung ihres Einflusses;

3. Die Produktionsfähigkeit der modernen Maschinen im Verhältnisse zum Konsum und zu den Absatzgebieten einzelner Industriezweige, im Vergleich mit der maschinellen Produktion vor 10 und 20 Jahren; Einfluß auf die Herstellungskosten der Waaren und auf die Ueberproduktion; Ueberproduktion und Unterkonsum, Ursachen und Gegenmittel, Erweiterung der ausländischen Absatzgebiete, Möglichkeit und Art des Vorgehens; Höhe der Produktionskosten in den letzten 50 Jahren;

C. Schutzgesetze: Gesetze über Haftpflicht der Unternehmer; Sanitätsgesetze und Gesetze zum Schutze der körperlichen Sicherheit; Gesetze über Fabrikinspektion, zur Regelung der Frauen- und Kinderarbeit; Gesetze über Lohnzahlung, Strafen etc. in Fabriken und Geschäftsläden, über Schiedsgerichte und Einigungsämter, über das Retentionsrecht der Arbeiter; Gleichförmigkeit der Gewerbegesetzgebung in den einzelnen Staaten, sowie Vorschläge zum Erlaß von Schutzgesetzen für die Union und die Einzelstaaten.

Das Befragungsprogramm des Subkomitees für den Bergbau deckt sich nahezu mit dem vorerwähnten, während bei dem Studienentwurf des Transportkomitees eine Untertheilung zwischen Land- und Wassertransport und eine weitere hinsichtlich der Beziehung zu Angestellten, Publikum und Frachtgütern geschaffen ist. Die Telegraphen- und Telephonbetriebe sind dem Transportwesen zu Land eingegliedert.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Programm der Industriekommission, wie auch die Art der Eintheilung ihrer Geschäfte viel weiter, großzügiger angelegt ist, als bei ähnlichen Enquetekommissionen in den übrigen Kulturstaaten, wenigstens insoweit, als die Erforschung der vorhandenen Arbeiter- und Industrieverhältnisse in Betracht kommt. Unsere deutsche Reichskommission für Arbeiterstatistik, bestehend aus Vertretern des Bundesraths und des Reichstags, hat nur diejenigen Gebiete zu untersuchen, die eine fürsorgliche Regierung ihr als Thätigkeitsfeld überweist, weshalb sie auf jede klare Eintheilung und systematische Bearbeitung desselben, auf ein wirtschaftsstatistisches und wirtschaftspolitisches Programm von vornherein verzichten muß.

Andererseits läßt aber das Programm der nordamerikanischen Kommission für Industrie und Gewerbe

darauf schließen, daß hinter der Forderung die Reformthätigkeit erheblich zurücktritt, denn der Abschnitt über die zu behandelnden Fragen der Schutzgesetzgebung ist nicht bloß äußerst dürftig, sondern er geht der Frage der allgemeinen Arbeitszeitregelung für alle Arbeiter direkt aus dem Wege. Und das in einem Staatenbund, der laut Bundesgesetz für alle von Bundeswegen beschäftigten Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit vorgeschrieben hat. Möglich indeß, daß die generelle Fassung des betr. Abschnittes auch diese Reformen umfassen soll und daß ihre Ausschließung von der Kommission nicht beabsichtigt war. Immerhin muß es seltsam berühren, daß selbst hinsichtlich des Bergbaues die allgemeine Arbeitszeitregelung im Untersuchungs- und Reformprogramm fehlt.

Immerhin muß man anerkennen, daß nach dieser Initiative der nordamerikanischen Unionsregierung deren Sozialstatistik bald die umfangreichste und gründlichste sein wird, wenn das vorgesehene Programm mit der nötigen Energie und Gewissenhaftigkeit durchgeführt wird. Mit Beschämung wird dann der Sozialpolitiker auf die deutsche Sozialstatistik blicken müssen, die dann der Einsichtslosigkeit der verbündeten Regierungen und herrschenden Klassen aus ihrem Embryozustande nicht herauskommt und anscheinend für immer dazu verurtheilt ist, das Mitleid der ganzen Welt herauszufordern. Unsere Arbeitervertreter im Reichstage werden jedoch, wie bisher, so auch künftig mit Entschiedenheit darauf dringen, daß auch in Deutschland die sozialpolitische Gesetzgebung durch systematische Schaffung der informativsten Grundlagen besser vorbereitet und — beschleunigt wird.

### Feinde der Krankenkassen.

Wir haben schon in der Nr. 12 die offziösen Auslassungen über die Absichten, die man bei der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz hat, angefaßt. Es war aus den damaligen Aeußerungen schon zu entnehmen, daß man nichts Geringeres plant, als den Einfluß der organisierten Arbeiter auf die Kassenverwaltung zu brechen unter dem Vorwand der Verringerung der Verwaltungskosten. Jetzt wird man noch deutlicher. Im preussischen Verwaltungsblatt schreibt ein Rath des preussischen Handelsministeriums, der Zentralbehörde für Krankenkassenwesen, über die kommende Gesetzesvorlage und darin heißt es:

Bei der Regelung des Ueberschusses dürfte in weitgehendster Weise den Wünschen der Ärzte Rechnung getragen werden, zunal durch die vorgeschlagene andere Organisation der Kassen die Verhältnisse eine andere Gestalt annehmen. Diese neue Organisation soll folgende sein: Für den Bezirk einer Gemeinde wird nur eine Orts-Krankenkasse errichtet, der alle im Bezirk der Kasse beschäftigten versicherungspflichtigen Personen angehören müssen. Die Betriebs-, Innungs- und Bau-Krankenkassen sind daneben gestattet. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen die Beiträge zu gleichen Theilen und haben in der Generalversammlung das gleiche Stimmrecht. Die Verwaltung der Ortskrankenkasse wird an die Verwaltung der Gemeinde angegliedert. Der Vorsitzende der Kasse wird von der Gemeinde aus der Zahl der Kommunalbeamten ernannt.

Aus diesen sehr allgemein gehaltenen Angaben kann man alles Mögliche, nur nichts Günstiges für die Angehörigen der Krankenkassen herauslesen. Dadurch, daß der Vorsitzende ein Kommunalbeamter sein soll, wird die Selbstverwaltung der Kassen fast ganz beseitigt und die übrigen Vorstandsmitglieder mehr zu Statisten degradiert werden. Die ansehende „Wohltat“ für die Versicherten, daß die Arbeitgeber die Hälfte der Beiträge, nicht wie bisher ein Drittel aus eigenen Mitteln zu zahlen haben, wird durch die sichere Aussicht, daß die Kassen in ihrer Selbstverwaltung in dem Ausbau ihrer Organisation gestört werden, völlig aufgewogen, es wird für die Arbeiter keine Erniedrigung ihres Beitragsantheils herauskommen. Außerdem verlieren sie noch die Hälfte ihres Stimmrechtes in den Generalversammlungen.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben alle Ursache, dieser Gesetzesverbüßung gegenüber auf der Hut zu sein. Die Vortheile, die durch die angeordnete lokale Zentralkassation der Krankenkassen (die aber immer noch durch das Bestehen der Errichtung von Betriebs-, Innungs- und Bau-Krankenkassen ohne sehr mangelhafte ist) geboten werden, sind, wie oben angeführt, gegenüber den geplanten großen Nachtheilen sehr winzig.

### Reichs-Seuchengesetz und Rohrleger.

Die Rohrleger und Installateure Breslaus haben durch ihre Beauftragten, den Bevollmächtigten Max Nordhake und den Vertrauensmann Wilhelm Uter, an die sozialdemokratischen Reichstags- Abgeordneten das Ersuchen gerichtet, bei Verathung des Reichs-Seuchengesetzes Anträge zum Schutz der Rohrleger und Installateure zu stellen.

Zur Begründung ihres Verlangens machen sie darauf aufmerksam, daß sie in ihrem Beruf bei Suchen der Unstetungsgefahr mindestens ebenso stark ausgefaßt sind, wie Ärzte und Krankenpfleger. Sie haben Aborte, Pissoirs, Ausgüsse und Bade-Einrichtungen zu revidieren und zu reparieren, Anschlüsse an Kanäle auszuführen und bergleichen. Gerade bei dem Auftreten von Seuchen würden derartige Arbeiten häufiger als sonst vorzunehmen sein. Es gebe Kanalsysteme, wo Arbeiter aus den zugänglichen Hauptkanälen die darin lagernden Abfallstoffe herauszuholen und in geschlossene Wagen zu bringen müßten, Arbeiten, die noch dazu unter den ungünstigsten Umständen, zumeist bei Nacht, ausgeführt werden müssen. Dabei ist es gar nicht zu vermeiden, daß sie mit den die Ansteckungskeime in Massen enthaltenden Abfallstoffen in direkte Berührung kommen,

sch die Kleider und den Körper beschmutzen. Es stehen ihnen aber weder Reinigungs- noch Desinfektionsmittel zur Verfügung und auch zu Hause sind sie bei ihren schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage, jedes Mal eine so gründliche Reinigung des Körpers oder gar der Kleider vorzunehmen, wie sie zur Verhütung von Krankheitsübertragungen nötig wäre.

Die Petenten ersuchen alle Interessenten, sofort zu der Frage Stellung zu nehmen und Zustimmungserklärungen an den Bevollmächtigten Max Nordtke in Breslau, Mariannenstraße 18, gelangen zu lassen.

Mitteilungen aus der Metall-Industrie.

Aus Amerika wird uns unter dem 16. Mai geschrieben: Da es in erster Linie die Eisen- und Stahlindustrie war, in welcher seit circa einem Jahr „Prosperität“ herrschte, so können die neuerlichen Vorgänge in derselben auch als Barometer für die gegenwärtige Situation dienen. Und da mehrere sich die Anzeichen, welche auf einen Rückgang schließen lassen. So wird aus der „Eisenstadt“ Pittsburg gemeldet — als Gegenstück zu der früheren Angabe bezüglich des Baues einer Anzahl neuer Eisen- und Stahlwerke —, daß dort circa tausend Eisenarbeiter außer Beschäftigung seien, größtenteils wegen Mangel an Aufträgen; daß zwei der Stahlfabrikwerke aus letzterem Grunde vollständig geschlossen wurden, und ebenso das Hubbel-Departement der großen Keystone-Eisenwerke. Und zwar letzteres, weil die Hubbel einen Dollar über die letztjährige Lohnrate (Dollar 6,00 täglich = 25 %) forderten und zudem Mangel an Aufträgen sei, folgedessen nach Verbrauch des vorhandenen Vorraths an Stahleisen auch die übrigen Departements geschlossen werden sollen. — Der Drahttrüß (Steel u. Wire Co.), dessen Stahlfabrikation Schließungen auf ein Börsenmandat seines Präsidenten zurückgeführt wurden, hat neuerdings zwei weitere Stahlfabrikationen geschlossen, seine Walzwerke in Underberg Ind. und Worcester Mass. Der Verwalter des letzteren erklärte, daß die Arbeit so lange ruhen werde, bis die Vorräte aufgebraucht und „die vielen Strikes im ganzen Lande vorüber seien.“ Eins der Fachblätter, die im Laufe stehen, eine gute Witterung in Bezug auf den Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse zu haben, das „Commercial Bulletin“ schreibt: „Alle Anzeichen deuten auf einen Niedergang der phänomenalen Tätigkeit im Handel und Industrie während der letzten Monate hin. Der Handel hat seine Einkaufsbedürfnisse befriedigt, die Produktion übersteigt die Nachfrage, die abnormen Preise müssen sinken. Eine Periode des Abwartens muß eintreten.“ Die Führer des Eisen- und Stahlarbeiter-Verbandes scheinen entweder jene Anzeichen nicht zu bemerken, oder aber anzunehmen, daß nur ein „Erd“ der Unternehmer vorliegt, um weiteren Lohnforderungen einen Dämpfer aufzusetzen; denn auf der gegenwärtig stattfindenden Jahreskonvention des Verbandes ward gesagt, daß wahrscheinlich große Strikes im ganzen Lande stattfinden würden, wegen einer Lohnforderung von 20 Prozent, auf welche die Unternehmer nicht eingehen wollen.

Der Stand der Dinge in einem anderen Zweig der Eisenindustrie, dem Maschinenbau, ist allem Anschein nach, schon jetzt ein ungünstigerer, wie in den vorher gegangenen Monaten. In Chicago haben sich die Maschinenbauer nach einigen stürmischen Szenen in diversen ihrer Versammlungen dem von den Verbandsführern mit den Unternehmern vereinbarten Kompromiß (durch welchen die erstere nennstündige Arbeitszeit von letzteren für nächstes Jahr „verprochen“ wurde) gefügt. Dagegen nicht die Arbeiter in Cleveland und Paterson, welche ebenfalls für diese Forderung sowie Lohnherabsetzung zum Strike gegriffen hatten. Am ersten Ort ward einer der Beamten des Verbandes, welcher dorthin gereist war, um für Annahme jenes Uebereinkommens zu wirken, aus der betreffenden Versammlung gewiesen. Die Unternehmer haben die weiteren Unterhandlungen mit den Verbandsvorleitern abgebrochen, weil es das „Grundprinzip“ ihrer Organisation sei, sich auf solche nur einzulassen, wenn während derselben kein Strike und Lockout im Gange sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß bei Strikes, Aussperrungen u. dgl. abreisenden, aber nicht vollberechtigten Mitgliedern von den Ortsverwaltungen bezügl. Bevollmächtigten Eintragungen in die Mitgliedsbücher gemacht werden, nach denen die betreffenden Mitglieder auf der Liste des Verbands als zuzurechnen haben. Derartige Eintragungen sind unzulässig und haben folgedessen zu unterbleiben, da nach § 5 Absatz 2 des Statuts solche Mitglieder nur durch den Vorstand für vollberechtigt erklärt werden können.

Es darf also auf solche Bemerkung im Mitgliedsbuch kein Verzeß ausbezahlt werden, sondern das betreffende Mitglied muß mindestens einen mit dem Verbandsstempel versehenen Berechtigungsausweis vorweisen können.

In Übrigen verweisen wir auf Seite 40 des Verbandsreglements „Ermächtigung der Satzungszeit bei Aussperrungen u.“

Nicht wieder aufnahmefähig auf Antrag der Verwaltung Barren in der Schloffer Hermann Röder, geb. am 16. Februar 1868, B.-Nr. 299412, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Ausschließen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts: Der Metallarbeiter Paul Sijm, geb. am 19. Februar 1867 zu Berlin, B.-Nr. 187004, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Konflikte bezeichneten Personen wird hiermit Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben mit dem Bemerkung, daß kein gefälliges Aufschreiben Folge gegeben wird, wenn

nach 3 maliger Publikation dieses Aufrufs keine Rechtfertigung seitens der Beschuldigten erfolgt.

Der Schlosser Albert Brauer, geb. zu Köthen am 29. Juli 1867, B.-Nr. 324380, wird seitens der Verwaltung Pinneberg beschuldigt neben verschiedenen aus dem Privatbesitz des dortigen Kaisers stammenden Garderobebeständen, auch Beitrittsgelder für drei Neuaufnahmen entwendet zu haben und wird deswegen sein Ausschluss aus dem Verband beantragt.

Dem Schlosser Gustav Peters, geb. am 1. Juni 1868 zu Neuenkirchen, B.-Nr. 249349 werden verschiedene Veruntreuungen von der Verwaltung zu Neumühlen zur Last gelegt und damit sein Ausschluss aus dem Verband begründet. Peters soll sich nach Rostock gewandt haben.

Ebenso soll auf Antrag derselben Verwaltungsstelle der Dreher Fritz Dörfler, geboren am 9. September 1874 zu Fürstenwalde ausgeschlossen werden, wenn er seinen Verpflichtungen gegen obige Verwaltung nicht gerecht wird. Er schuldet die Abrechnung über von ihm vertriebene Maschinen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Ernst Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Warnung wird seitens der Sektion der Formner Bielefeld vor dem Formner Paul Berken, geb. zu Dessau (wahrscheinlich Mitglied Zentralvereins der deutschen Formner), wegen verschiedener Schwindeleien.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Mai 1900 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgehälter.

- Bon: Kelen A 20. Ahlen 58,20. Alfeld 25. Altenburg 700. Altona 800. Apolda 80. Aßchersleben 100. Aue 131. Barmen 800. Barmen 100. Berlin 18356,74. Bernburg 150. Brackwede 36,50. Brandenburg 800. Braunschweig: Schloffer 800. Bremen 400. Bremerhofen 500. Breslau: Klemper 100. Brieg 80. Cannstatt 800. Cassel 203,40. Chemnitz 1800. Eßeln 112,34. Erfeld 250. Erlau 800. Dessau 100. Döbeln 100. Dresden 2400. Driesen 18. Durlach 100. Eilenburg 200. Eisenberg 76,68. Elberfeld 613,07. Elmshorn 100. Feuerbach 200. Fürstwalde 80. Glensburg 400. Gort 100. Frankfurt a. M. 1600. Freiberg i. S. 65. Fürth: Allgem. 200. Aluminiumschläger 100. Schläger 213,70. Gabeln 300. Gera 140. Görtz 300. Gotha 100. Greifswald 80. Griesheim bei Darmstadt 24,30. Grotzsch 200. Grünberg 100. Hainichen 50. Halberstadt 200. Halle a. S.: Allg. 1800, Formner 800, Klemper 140. Hannover: Allg. 400, Klemper 150. Harburg 480. Harzgerode 40. Heiligenhaus 50. Helmstedt 80. Herford 128,63. Hildesheim 125. Hitzsch 200. Hörde 10. Hülshofen 238,95. Hühne 140. Karlsruhe: Allg. 150, Schmied 119,88. Kiel 400. Kirchheim a. T. 44,85. Langenberg 49,60. Limbach 60. Linden: Hellenhauer 70. Lollar 250. Lörz 50. Lübeck 100. Lüß 10,70. Ludwigschafen 400. Lüneburg 226. Magdeburg 8000. Mainz 80. Mannheim 1280. Meissen 800. Merseburg 100. Metz 8,50. Mühlhausen i. Thür. 75,28. Mühlhausen: Wegmann 200, Schleifer 6,90. Binniger 100. Neustadt i. E. 105,06. Niederfeld 800. Nordham 80. Oberstein 93. Oberstreußen 75. Oßach 45. Oßersleben 88. Osterode 16,60. Peine 100. Pforzheim 650. Plauen i. Vogt. 150. Pöschappel 500. Quedlinburg 100. Rastenburg 200. Ravensburg 50. Reinsfeld 200. Reutlingen 90. Rothenheim 50. Roglau 130. Roth a. S. 200. Saalfeld 300. Sangerhausen 120. Saßl 100. Schönebeck 150. Schweidnitz 75. Schwennungen 120. Stettin 650. Straßburg i. Elz. 120. Strömung 70. Stuttgart: Formner 433,60. Thale 95,29. Wegefeld 100. Weibert 150. Wolfenbüttel 108,60. Zeitz 200. Einzelmitglieder der Hauptkasse 200.

Für: Erbschütter A 16,20. Reisehandsücher 3,20. Kaffetten 40,25. Ueberwiesener Kassenbestand von der aufgelösten Hahlelle des Gold- und Silberarbeiter-Verbandes zu Berlin 794,25. Von der Feingoldschlägergenossenschaft zur Unterstützung der ausgesperrten Feingoldschläger 6000. Sonstige Einnahme 0,55.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Mai 1900 bei der Hauptkasse eingegangenen Gelder für die ausgesperrten Kollegen in Preussland.

Bon: Belber A 44,90.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzugehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzuteilen.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Freiberg. Bei der Firma Rünzner und Schönherr arbeiten außer einigen 20 einheimischen Formnern 12 bis 15 „Fremde“. Lehrlinge sind 18 bis 20 beschäftigt. Wegen Mißstände, die der Formner Ebert seinem Mitarbeiter Gärtner sen. vorwirft, entstand ein kleiner Meinungsanstreit zwischen Beiden, durch den sich E. seiner Meinung nach beleidigt fühlte. Was hat nun E.? Er, ein Mann von einigen 50 Jahren, demüthigt den E. bei einem der

Besitzer, was zur Folge hatte, daß E. am 21. Mai, Morgens angegangen wurde abgezogen und dann aufzuheben, weil er die Bude schlecht gemacht habe. Die besprochenen Mißstände bestanden darin, daß neben dem Schmelzofen ein Loch gegraben ist und wenn Eisen läuft, die Gefahr des Strauchelns besteht. Hat man einen Hilfsarbeiter nach langen Bemühungen erlangt, so kommt es vor, daß der Herr Meister diesen zu anderen Arbeiten verwendet. Wer ein Sieb braucht, muß lange darnach suchen. Gessogen wird oft bis Abends 9 Uhr. Weil also E. Mißstände kritisierte, wird er auf die Straße geworfen, anstatt daß die Herren diese Mißstände, die sie selbst zugeben, beseitigten. Neun fremde Kollegen erklärten nach der Maßregelung des Ebert sich solidarisch mit diesem und verlangten ebenfalls ihre Entlassung. Auf Zureden der Firmeneinhaber ließ sich der Formner August Beter bewegen, wieder zu schaffen. Vom Kollegen Ad. Nifel befragt, warum er wieder arbeite, erklärte der junge Herr von noch nicht 20 Jahren: „Ihr seid ja Alle verrückt!“ Die Kollegen ersehen, wie in dieser Bude den Fremden mitgespielt wird. Wir warnen zunächst jeden Kollegen vor dieser Bude und hoffen, daß die dortigen Kollegen endlich einmal mit diesen Zuständen ausräumen und Wandel schaffen und nicht auf die Fehler Eberts unter ihnen verfallen: zu schmökern und zu denunciren.

Gera. Die Mißstände in den hiesigen Eisengießereien wurden vor einiger Zeit in einer öffentlichen Metallarbeiter-versammlung geschilbert und es kam dabei besonders die Geraer Maschinenbau-Aktiengesellschaft (vorm. A. Rahn) recht glimpflich weg. Daß das aber noch lange kein Beweis dafür war, daß die Arbeiter in dieser Fabrik etwa in einem Paradies leben, soll in Nachstehendem dargelegt werden: Vor ca. 2 Jahren befanden sich die dort beschäftigten Formner und Reumacher im Ausstand, weil die Akkordpreise immer weiter zurückgingen. Es wurde während des Streiks vom Direktor und Meister ein — zum großen Theil mit Bleistift geschriebener — Lohnvertrag vorgelegt, wonach in Zukunft bezahlt werden sollte. Auf Befragen der Formner, wie die Preise für den Guß, der schon früher in der Gießerei fertig gestellt wurde, festgesetzt seien, versicherte man, daß Alles beim Alten geblieben sei; später stellte sich aber heraus, daß die Arbeiter hinter das Licht geführt worden waren. Daraus erklärt es sich auch, daß es jetzt keine Seltenheit mehr ist, wenn Leute, die vier Jahre gelernt und schon mehrere Jahre in anderen Städten gearbeitet haben, mit 2 M. pro Tag und noch weniger abgelohnt werden. Die logische Folge davon ist ein steter Wechsel der Arbeiter, und Mancher, der mit ganzen Hosen und Stiefeln die Gießerei betritt, muß, die Unmöglichkeit eines Bleibens in Wälde einsehend, mit „ungangen“ Beinleidern wieder abwandern. Eine schöne Einrichtung herrscht in dieser Fabrik im Punkte Akkordwesen. Jeder Formner bekommt ein Buch ausgehändigt, in das er seine Arbeit eintragen muß, in Beachtung wohlweiser Vorsicht sind aber nur — 2 Blätter in das Buch eingeklebt, so daß immer nur Raum für die Eintragungen auf die Dauer von zwei Wochen vorhanden ist. Die Blätter werden dann immer wieder herausgeriffen und durch neue ersetzt, es ist sonach den Formnern auf Grund des Buches nicht möglich nachzuweisen, welche Löhne früher bezahlt worden sind. Im Uebrigen müssen die Formner viele Ungechtigkeiten über sich ergehen lassen. Kommt z. B. Ausschub vor, der zumeist auf schlechtes Material oder falsche Konstruktion zurückzuführen ist, so muß der Formner stets den Schaden tragen, wenn er nicht gleich aufhört und sein Recht beim Gericht suchen will. Der Meister beruft sich dabei immer auf den Herrn Direktor, er selbst kann nichts bezahlen, der Direktor aber beruft sich auf den Meister; Jeder spielt „die Unschuld vom Lande“. — Ein großer Mißstand besteht noch darin, daß die Zahl der Formner erhöht worden ist, während die Hilfsarbeiter weniger geworden sind. Da die Arbeiter nun in Akkord arbeiten, so müssen sie die Kosten für die Erparnisse tragen, die die Fabrikleitung macht. Außerdem aber vergält man dabei den Formnern sowie Hilfsarbeitern die Arbeit so, daß sie jede Minute davon laufen müßten. Vorige Woche wurden die Formner mit 25 J. Strafe bedacht, weil sie die „Dreistigkeit“ gehabt hatten, sich während der Besper nieder zu setzen. Nun ist wohl nach der Fabrikordnung keine Besper, aber in sämtlichen hiesigen Gießereien ist es seit Jahrzehnten Usus, daß Nachmittags etwas gegessen wird und die Arbeit so lange ruht, der Herr Direktor hat aber durch den Meister bestimmt gegeben — und die Herren Unteroffiziere des Kapitals führen das getreulich aus —, es solle Jeder während der Arbeit bespern. Wer die Gießereiverhältnisse einigermaßen kennt, wird zugeben müssen, daß das schlecht geht! Der Formner müßte denn sein Brod auf den Boden legen und zeitweise davon heißen, oder — die Firma müßte eine Art Spinaschine erfinden lassen. Ueber die Strafgebühren wurde den Arbeitern gegenüber noch niemals Rechnung gelegt. Vor einigen Monaten wurde die Gießerei bedeutend vergrößert und in der Zeichnung war ein Wasch- und Ankleideraum vorgezehen. Die Arbeiter hatten sich nun den süßen Hoffnung hingegeben, daß sie sich nach der Arbeit ordentlich reinigen und ihre Kleidungsstücke gegen das Verbrennen schützen könnten. Als aber die Gießerei fertig war, stellte sich heraus, daß „Alles da“ war, nur der Wasch- und Ankleideraum fehlte. Die Beschäftigung war wohl da; es wird aber weiter nichts sein, als daß die Herren Aktionäre eine Strafe bezahlen und es geht „ungewaschen“ weiter. Mißliche waren die Herren auch der Ansicht, daß zu solchen „Waschereien“ nicht viel Zeit übrig bleibt, denn nicht selten kommt es vor, daß das dreimalige Waschen pro Woche erst um 8 Uhr beendet ist. Als Ersatz für den Waschraum haben nun die Arbeiter vor einigen Tagen ein schönes neues „Portierhaus“ bescheert bekommen. Der neue Portier soll wahrscheinlich darüber wachen, daß kein Arbeiter zu spät — ans der Fabrik geht. Nun, die dort beschäftigten Formner und fast sämtliche Hilfsarbeiter sind organisiert und fest entschlossen, die Mißstände zu beseitigen und zu verlangen, daß wenigstens vorläufig die 10stündige Arbeitszeit innegehalten wird, was bei der schmutzigen und schweren Arbeit gewiß kein unbilliges Verlangen ist.

Magdeburg. In der letzten Nummer gaben wir den Mas der Direktion der Maschinenfabrik Wulau bekannt, durch welchen circa 100 Formner und Gießereiarbeiter auf das Straßenpflaster gesetzt wurden. Die Wünsche der Arbeiter befehen in:

1. Die Gießereiarbeiter wünschen an dem Fabrikarbeiterauschuß mit zwei gewählten Vertretern beteiligt zu sein und ersuchen die Wahl solcher Vertreter möglichst bald vornehmen zu lassen.
2. Um ein regelrechtes, sicheres Arbeiten zu ermöglichen, welches im Interesse der Fabrik und der Arbeiter liegt, ersuchen die Arbeiter um Einstellung einer genügenden Anzahl leistungsfähiger Hilfsarbeiter.
3. Die Gusspüher wünschen, daß ihnen am Abend jeden Tages in geeigneter Weise bekannt gegeben wird, wie viel Kilo Guß jeder Art von ihnen gepußt worden ist.
4. Die Formner ersuchen, daß Ausschußwaare, die ohne ihr Verschulden entsteht, bezahlt wird.
5. Sie ersuchen ferner um Einführung von Lohnbüchern, in welchem sie am Schluß der Rechnungsperiode erfahren können, wie und welche Arbeit verrechnet worden ist.
6. Die gesamten Gießereiarbeiter ersuchen um Anschaffung der nötigen Arbeits- und Hilfsutensilien, als Ketten, Sandhaken, Riemen zum Transportieren der Kerne u. s. m.
7. ferner um Einführung der wöchentlichen Lohnzahlungen;
8. ferner, daß die Behandlung, die der Meister Gerlach den Arbeitern bisher zuteil werden ließ, in Zukunft eine bessere wird.

Seit Anfang Februar d. J. sind die Mißstände vorhanden gewesen. Das Vorstelligwerden einzelner Arbeiter brachte keine Besserung. Darauf setzte eine Werkstätten-Versammlung eine Kommission ein, die den Auftrag erhielt, mit der Betriebsleitung zu verhandeln. Es kam zu keinem von Arbeitern genehmten Resultat. Die Verhältnisse wurden von Tag zu Tag schlimmer. Ein Unglücksfall löste den anderen ab. Aus diesen Gründen wurde am 6. Mai die Sperre über den Betrieb verhängt. Eine Kommission von drei Personen wurde scharf abgewiesen. Abzüge, die man an dem Akkordverdienst der Gusspüher und Ofenarbeiter vornahm, brachten einen derartigen Aufseher unter die Arbeiter, daß am 10. Mai kein Mann mehr arbeiten wollte; es wurde unbedingte Befreiung der Mißstände verlangt. Am Freitag schlug die Direktion ihren Vorschlag an, in dem jedem Formner und Gießereiarbeiter die Entlassung zum 12. Mai gegeben war. Am Sonnabend nahmen alle Arbeiter ihre Entlassung. In einer Besprechung am 14. Mai wurden wieder Verhandlungen angebahnt. Zwei Vertreter der Arbeiterorganisation erlangten vom Herrn Direktor Lange das Zugeständnis, daß er mit den ausgesperrten Arbeitern verhandeln wolle. Nach längerer Aussprache wurde der Kommission die Nachricht, daß sie ihre Forderungen schriftlich bis um 2 Uhr eingeben sollte; um 5 Uhr sollte dann von der Kommission der Bescheid entgegengenommen werden. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich Herr Direktor Lange, daß er beinahe alle Wünsche für selbstverständlich halte, nur die wöchentliche Lohnzahlung und die Bekanntgabe des Gewichtes des gepußten Gußes an jedem Tage halte er für nicht möglich. „Wenn ich gesund gewesen wäre“, meinte Herr Lange, „hätte der Streit nicht entstehen können. Jetzt habe ich meine Gießerei geschlossen und werde alle Mißstände abstellen und die Arbeiten beschleunigen lassen, damit in der nächsten Woche die Arbeit aufgenommen werden kann. Heute werde ich mir dann nehmen wie sie kommen und es mir paßt. Soviel wie beschäftigt waren, werden nicht wieder eingestellt.“ Nachdem die ausgesperrten diesen Bericht entgegengenommen hatten, beschlossen die lebigen Kollegen, Magdeburg zu verlassen. Die Anführer beschlossen: 1. die Budauer Maschinenfabrik ist für Formner bis zur Erledigung dieser Angelegenheit gesperrt; 2. die von der Budauer Maschinenfabrik in andere Gießereien gegebene Arbeit kann angefertigt werden. Die Entlassenen, soweit sie am Orte bleiben, versuchen überall Arbeit zu erhalten.

An eine Einstellung der ausgesperrten war in diesem Stadium nicht zu denken, weil die Maßregelung einzelner Personen eintreten sollte und die Kollegen solche nicht billigten. Die Sperre der Arbeiter wurde von dem Metallindustriellen-Verbande mit der Sperre sämtlicher Betriebe in Magdeburg für die ausgesperrten Arbeiter beantwortet. In einer Formnerversammlung wurde eine Kommission bestimmt, die bei dem Metallindustriellen-Verbande eine Erledigung der Streitfrage erstreben sollte. In einer Konferenz beider Parteien einigte man sich, daß beide Organisationen die Sperre aufheben sollten. Die Formner beschlossen in ihrer Versammlung nach der Berichterstattung die Aufhebung der Sperre für die Budauer Maschinenfabrik. Zuerst aber wider Erwarten Maßregelungen ein, so nimmt eine spätere Versammlung zu weiteren Schritten Stellung. Die Sperre ist aufgehoben. Ob die Arbeitgeber Frieden wollen, das muß die Zeit lehren. Die Einstellung der ausgesperrten Formner und Gießereiarbeiter muß erfolgt sein, bevor Magdeburg für Bezug frei ist. Dies wird später bekannt gegeben.

**Pegnitz.** Am 26. Mai fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Göttrich-May aus Nürnberg schilderte die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Formnerstreiks in eingehender Weise. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, den Nürnberger Angehörigen ihre volle moralische sowie finanzielle Unterstützung, wie bisher schon, auch in Zukunft zukommen zu lassen. Folgender Antrag gelangte zur Annahme: „Angeichts der großen Bedeutung des Formnerstreiks für die gesamten Metallarbeiter ist jedes Mitglied moralisch verpflichtet, einen regelmäßigen wöchentlichen Beitrag für die Streikenden zu leisten.“ Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen. Es muß leider konstatirt werden, daß eine beträchtliche Anzahl von Formnern durch ihre Abwesenheit gekündigt haben, trotz der für sie äußerst wichtigen Tagesordnung.

**Selbgießer und Gürtler.**

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 16. Mai bei b. Salzen. Zunächst wurde der Bericht über die Ergebnisse der am Ende vorigen Jahres aufgenommenen Statistik entgegengenommen. Man weist auf die vor drei Jahren von den Selbstgießern aufgenommene Statistik hin. Ein Fabrikant hätte ihm damals erklärt, so besäßen das Büchlein (die Statistik) auch wäre, sie böte den Arbeitern eine nicht zu unterschätzende Waffe. Daß die vorige Statistik die Fabrikanten in Aufregung gebracht habe, sei von verschiedenen

Seiten bestätigt worden; denn diese scheuten nichts mehr, als wenn die Arbeits- und Lohnverhältnisse an die Öffentlichkeit gezogen werden. Was die gegenwärtige Statistik anlangt, so könnten die Selbstgießer mit dem Resultat vollständig zufrieden sein, während bei den übrigen Metallarbeitern die Beteiligung nicht so gut gewesen sei. Von vierzig Werkstätten, welche bei uns in Betracht kämen, und wo in Ganzen 810 Mann beschäftigt seien, haben sich 667 Personen an der Statistik beteiligt. Die Löhne sind seit Aufnahme der vorigen Statistik um einige Prozent gestiegen, nur die Löhne der Hilfsarbeiter seien fast durchgängig dieselben geblieben; diese seien einfach als erbärmlich zu bezeichnen. Von den 667 Personen, die sich an der Statistik beteiligt, waren 459 organisiert und 208 gehörten einer Organisationsaktion nicht an. Nachdem über verschiedene Werkstätten der Reihenfolge nach berichtet worden, wurde auf Antrag, da die Statistik doch gedruckt werden soll, darauf verzichtet, den ganzen Bericht über sämtliche Werkstätten entgegenzunehmen. Die Kommission wurde beauftragt, den Druck der Statistik zu veranlassen. Darauf berichtete Schulz, daß bei der Firma A. Fleck Löhne wieder einmal Differenzen wegen Reduzierung von Akkordlöhnen der Schleifer ausgebrochen seien. Für eine Arbeit, für die es früher 2,20 M gegeben, wurden wegen einer geringen Minderung in der Konstruktion der betreffenden Arbeit (Fensteröhne) 1,80 M geboten. Die Schleifer hätten erklärt, die Arbeit für den Preis nicht machen zu wollen. Im Laufe der Debatte erklärten die Schleifer, daß sie bei dem Preise von 1,80 M nicht auf den Verdienst kommen würden, den sie sonst bei derselben Arbeit hätten, zumal sie auch noch pro Stunde 10 S für den jugendlichen Arbeiter, der die Arbeit halten müßte, von dem Akkordpreis abgeben müßten. Jetzt sollten sogar 30 S für den jugendlichen Arbeiter abgezogen werden. Den Schleifern sei erklärt worden, wenn sie die Arbeit für den angegebenen Preis nicht machen wollten, dann könnten sie gehen; andere Arbeit gäbe es nicht. Daraufhin hätten sie ihre Entlassung bekommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß, wenn wieder irgendwo Differenzen entstehen, hier vor der Ortsverwaltung in Kenntnis gesetzt werden müsse, damit sie mit den Fabrikanten in Unterhandlung treten könne. Die Fabrikanten müßten sich überhaupt daran gewöhnen, mit der Ortsverwaltung bei Differenzen in Verhandlung zu treten. Nachdem diejenigen Kollegen, welche noch nicht mit den Matramken abgerechnet haben, aufgefordert wurden, so bald wie möglich abzurechnen, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Gold- und Silberarbeiter.**

**Breslau.** In der Versammlung vom 26. Mai wurden dem Gewerkschaftsartikel nach kurzer Debatte 5 M überlesen. Kollege Harf hielt einen einstündigen Vortrag über: „Der Arbeitsvertrag nach dem bürgerlichen Gesetzbuch.“ Derselbe erledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden, was der lebhafteste Beifall bewies, der dem Redner gezollt wurde. Anfragen, die an den Referenten gerichtet waren, wurden bereitwillig beantwortet. Nach einer Debatte über den Breslauer Tischlerstreik wies der Vorsitzende auf die Bibliothek hin und empfahl sie zu geeigneter Benutzung. Zwei Kollegen ließen sich in den Verband einschreiben.

**Metallarbeiter.**

**Halberstadt.** Wenn die Angelegenheit nicht so tieftraurig und allen sittlichen Gefühlen des Menschen zuwider wäre, könnte man eine gewisse Genugthuung empfinden, daß es auf der Dehne'schen Maschinenfabrik so weit gekommen ist, daß Vergehen mit Ohrfeigen abgestraft werden. Und das in einer Fabrik, wo die Arbeiter im Allgemeinen so zufrieden, so allerunterthänigst jeden Wunsch zu erfüllen suchen, welchen sie ihrem Herrn von den Augen nur ablesen können. Die bei Dehne beschäftigten Arbeiter wagen meist es nicht einmal, nach gethener Arbeit, wo sie doch freie Menschen sein sollen, in eine Versammlung zu gehen oder sich an einer Organisation zu beteiligen, um nicht in Ungnade zu fallen. Ihre größte Freude haben sie daran, wenn sie mit der von den Fabrikarbeitern selbst gestellten Musikkapelle eine Partie oder sonstiges Vergnügen begehen können und haben auch ihre Freude an dem Fabrikgesangsverein. Diese Arbeiter werden nicht nur mit Prügel bedroht, sondern sie bekommen auch Prügel, wie ein in jüngster Zeit hier abgespielter Fall beweist. Der Thatsachbestand ist folgender: Ein Arbeiter — nicht etwa Lehrling — geräth mit einem der Meister der Fabrik, welcher aber nicht der Meister des Ressorts, worin der Arbeiter arbeitete, ist, in Streit. Der Arbeiter kommt in dem Glauben, daß dieser Meister nicht sein direkter vorgelegter Meister ist und ihm nichts zu sagen habe, in Streit. Daraufhin wird der Arbeiter von dem Meister in das Arbeitszimmer eines der Herren der Fabrik geführt. Der Meister bringt seine Klage resp. Beschwerde vor. Der Herr, ohne den Arbeiter zu fragen ob sich dieses Vorgebrachte so verhält, steht von seinem Sitze auf, kommt auf den Arbeiter zu und ohrfeigt denselben in Gegenwart des Meisters, welcher an der Thür stehen geblieben war, mit den Worten: So, nun können Sie gehen. Es ist nicht unsere Sache zu beurtheilen, inwiefern der Meister oder Arbeiter im Recht oder Unrecht war. Immerhin muß jeder geistige Mensch sich über eine derartige Handlungsweise empören. Stand denn hier nicht die Gewerbeordnung mit der Bestimmung der Entlassung zur Seite? Muß denn immer noch der Mensch, welcher dazu verdammt ist, in der heutigen Gesellschaft als Lohnarbeiter zu arbeiten, von seinem Nebenmenschen, der das Glück gehabt den Herrn zu spielen, als Sklave behandelt werden, zumal wenn man daran denkt, daß diese Herren Anspruch auf Bildung machen wollen? Vor dem Gesetz sind beide Menschen gleich. Arbeiter, merkt Euch diesen Vorfall, es hat Euch bestimmt erregt als Ihr denselben erfahren habt. Ist es denn aber der erste Fall? Ist es nicht schon vor Jahresfrist vorgekommen, daß ein alter, in der Fabrik lange Jahre beschäftigter Arbeiter von einem der jungen Herren einen Stoß vor die Brust bekommen, so daß er zwischen das alte Eisen taumelte? Arbeiter, schützt Euch bei Zeiten vor derartigen Uebergriffen, damit sie nicht zur Regel werden. Der beste Schutz und Abwehrleiter der Gefahr ist der Metallarbeiter-Verband. Werft die unberechtigten Scheu von Euch und tretet in denselben ein.

**Hamburg.** Kollege Liebiger besprach die Lage der Metallarbeiter in Hamburg und ersuchte die Anwesenden,

sich darüber schlüssig zu werden, ob sie gewillt seien in eine Lohnbewegung einzutreten. Sodann bemerkt Lange, daß, wenn die Schlosser in einen Streit eintreten, wir uns unter allen Umständen mit denselben solidarisch erklären müssen und beantragt derselbe: eine Kommission zu wählen, welche die Fragen unserer eventuellen Forderungen ausarbeiten soll. Nachdem Kollege Sturm noch gesprochen, beantragt Vor: die zu wählende Kommission aus 7 Personen bestehen zu lassen, was angenommen wurde. Liebiger schlägt vor, daß die Kommission mit der Ausarbeitung der Fragen so lange wartet, bis die Schlosser ihre Forderungen formulirt haben, was angenommen wurde. Kollege Schilling erstattete den Kartellbericht. Die Sache wurde darauf noch einmal verhandelt und wurde hierzu von der Ortsverwaltung folgende Resolution eingebracht: „Die heute am 18. Mai tagende Versammlung der Heizungsarbeiter nimmt Kenntniß von dem Bericht der Ortsverwaltung und erklärt, daß nach diesem Bericht eine nochmalige Untersuchung die Sache Kruse in anderem Licht erscheinen lasse. Die Versammlung erklärt, keinen Anlaß mehr zu haben, auf dem Ausschluß des Kollegen Kruse aus dem D. M. V. zu bestehen, und zieht daher den an den Hauptvorstand gestellten Ausschlußantrag zurück. Die Resolution gelangt zur Annahme. Kruse beantragt, in seinem Interesse diesen Versammlungsbericht in der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Weiter wurde noch beschlossen, die Versammlungen auf einen Wochentag zu verlegen. Scharf gerügt wurde es, daß verschiedene Kollegen von der Firma H. D. Meyer lieber bis Nachts 12 Uhr arbeiten als in die Versammlungen zu kommen. Kollege Junge empfiehlt, daß Werkstättenbelegte gewählt werden zwecks Kontrolle der Bücher und um einzelnen Kollegen, die etwas nachlässig in der Beitragszahlung sind, die Möglichkeit zu nehmen, auf Grund der Vertrauensseligkeit ihrer Kollegen sich ihrer Pflichten dem Verband gegenüber zu entziehen.“

**Hirzenhain.** Mit den Lohnforderungen der Schlosser, Dreher, Schleifer, Schmiede, Formner und Tagelöhner besuchte sich eine gut besuchte Mitgliederversammlung, die in Merkenritsch stattfand. Die Löhne im Eisenwerk Hirzenhain sind erbärmliche und die Akkordsätze werden stets heruntergesetzt. Durch die Betriebsleitung wurde bekannt gegeben, daß unsere Forderungen nicht bewilligt würden, und man mit Arbeitern, die dem D. M. V. angehören auch nicht unterhandeln würde. Wenn die Betriebsleitung der Meinung ist, damit sei die Angelegenheit erledigt, so ist das ein Irrthum, von dem gehetzt zu werden, wir der Betriebsleitung behilflich sein wollen. Anlässlich einer weiteren Reduzierung der Akkordsätze kam es vor einigen Tagen zwischen den Schlossern und dem Meister Stark zu Auseinandersetzungen; die Betriebsleitung benützte diese Gelegenheit, um unseren Ortsverwaltungsbeamten Gleiß, der auch Vorstandsmitglied der Betriebskrankenkasse ist, zu entlassen. Und was hat man damit erreicht? Die uns noch fern ständen sind dem D. M. V. beigetreten.

**Göbstan.** Am 26. Mai tagte in der „Linde“ in Naußitz eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: 1. Unter welchen Bestimmungen der Fabrikordnungen leiden viele Arbeiter in den Kötbarer Fabriken? 2. Unsere Statistik und verschiedene andere gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zum 1. Punkt beleuchtete Kollege Hoffmann in 1/2 stündigen Ausführungen verschiedene Fabrikordnungen hiesiger Metallwaarenfabriken, er bewies an der Hand von Unterlagen, daß dieselben in verschiedenen Punkten mit den Bestimmungen des neuen bürgerlichen Gesetzbuches in Widerspruch stehen. Am schlechtesten kam bei dieser Kritik die Fabrikordnung der Firma Wuttig, Maschinenfabrik, weg. Hier bestehen Verhältnisse, welche sehr an die Härte erinnern, so kann z. B. das Arbeitsverhältnis zwar gelöst werden, doch müssen angefangene Akkordarbeiten ohne jede weitere Entschädigung beendet werden. Es sei zu konstatiren, daß einzelne Kollegen auf diese Weise 14—15 Mk. eingebüßt haben. Auf Vorhalt seitens der Verbandsleitung hin seien wohl die größten Mißstände beseitigt, auch wurden dadurch von Seiten des Herrn Wuttig einzelne Zugeständnisse gemacht, doch bei näherer Beleuchtung derselben zeigt sich, daß nur der Schein gewahrt wurde. So sei z. B. nach längerem Drängen ein Arbeiter-Ausschuß bewilligt, derselbe soll aber erst dann Gnade vor dem Herrn finden, wenn die daran Beteiligten bereits ein halbes Jahr in der Fabrik arbeiten und die Zustimmung Wuttig's haben, einmal Abgelohnte können überhaupt nicht wieder ein derartiges Amt einnehmen. Wer den so zusammengefügten „Ausschuß“ betrachtet, könne sich wohl denken, daß derselbe auf das Prädikat „Arbeitervertreter“ keinen Anspruch erheben kann. In der Wasmotorenfabrik von Hille bestehen bezüglich der Akkordpreise insofern Uebelstände, daß wohl verakkordirt, jedoch vielfach nach Beendigung des Akkords der Arbeiter nach Stundenlohn abgesehrt wird. Auf diese Weise sind Abzüge von 5—6 Mk. an der Tagesordnung. Dieselben Verhältnisse bestehen ebenfalls in dem „Hartgusswerk“ vorm. Kühne u. Co. Hier kommt es vor, daß, wenn ein Arbeiter durch ein Vorkommniß die Arbeitsstätte vor Beendigung des Akkords verläßt, oder derselbe entlassen wird, ihm der Lohn für bereits geleistete Arbeit vorenthalten wird. Hierbei kommt erschwerend in Betracht, daß dajelbst einzelne Akkordarbeiten ein Vierteljahr und darüber in Anspruch nehmen, so daß die Arbeiter ganz empfindlich geschädigt, resp. abhängig gemacht werden. Bei der Firma Seiser u. Co. wird für die Zeit, in welcher die dort Beschäftigten „aussehen“ müßten, keine Entschädigung gezahlt, auch sind dort öfter ältere Leute ohne Angabe der Gründe entlassen worden. In der Fabrik von Lehner u. Schmalz (Schmiede) scheinen wahrhaft „idyllische“ Zustände zu herrschen, insbesondere wird lebhaft über das Verhalten des Werkführers Klage geführt. Derselbe begünstigt die Arbeiter mit allen möglichen Namen, deren Vertreter wohl im zoologischen Garten zu finden seien, aber für einen Arbeiter nicht aus Platz sind. Dieser Herr hat sich soweit hinreichend lassen, daß er selbst die Arbeiter schlägt. In hygienischer Beziehung bleibe vieles zu wünschen übrig. Troßdem die Gewerbeinspektion öfter in diesen Betrieb komme, werde doch keine Abhilfe geschaffen. Ferner wird noch aus mehreren Fabrikordnungen konstatirt, daß in mehreren Betrieben für fehlendes oder „muthwillig zerstörtes“ Werkzeug vom Arbeiter Ersatz verlangt wird, ohne daß verschließbare Behälter vorhanden sind. Der Referent hebt hervor, daß derartige Bestimmungen und Abzüge den Vorschriften des neuen bürgerlichen Gesetzbuches entgegenstehen. Diese Hinweise sollen den Kollegen ein Ansporn sein, die bestehenden Fabrikordnungen einmal einer genauen Prüfung zu unterziehen, in

wieweit dieselben den Vorschriften des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechen. — Diese Ausführungen des Referenten fanden allseitige lebhafteste Zustimmung der Anwesenden. In der darauf stattfindenden lebhaften Debatte werden diese Ausführungen nicht bloß bestätigt, sondern die Mängel in den vorgenannten Fabriken, insbesondere bei Lehner und Schmalz noch mehr beleuchtet. Zum 2. Punkt verweist Kollege Hoffmann auf die in nächster Zeit stattfindende statistische Aufnahme über die allgemeinen Verhältnisse im Metallgewerbe. Die ausliegenden Fragebogen lassen erkennen, daß, wenn jeder Kollege für richtige Beantwortung der darauf enthaltenen Fragen recht bemüht ist, ein genaues Bild der Verhältnisse der Dresdener Metallarbeiter geschaffen wird. Diese Fragebogen sind beim Vertrauensmann oder Werkstättenbelegten zu entnehmen und spätestens bis 10. Juni d. J. bei dem Vertrauensmann abzuliefern. Weiter giebt derselbe noch bekannt, daß am 17. Juni ein Sommerfest im „Gambrius“ stattfindet.

**Magdeburg.** Am 19. Mai wurde vor allen Betrieben der Metallindustrie ein Flugblatt verbreitet (16.000 Stück), das neben der Schilderung der mißlichen Verhältnisse der Metallarbeiter Magdeburgs die Aufforderung zum Besuch einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung am 21. Mai enthielt. Der Andrang zu dieser Versammlung war ein gewaltiger. Kollege Voss gab ein Bild der Zustände in den hiesigen Werkstätten der Metallindustrie. Welche Empörung brach los, als die lange Arbeitszeit, die geringen Löhne, die schlechte Behandlung, die schlechten sanitären Zustände usw. geschildert wurden. Welche Empörung entstand, als die Antworten jener Fabrikanten oder Direktoren mitgeteilt wurden, die sie Arbeitern gaben, die in der anständigsten Weise geringe Wünsche vorbrachten, die andernorts anstandslos und seit Jahren erfüllt sind. Hier versteckte sich ein Arbeitgeber hinter dem anderen. Darum müssen die Forderungen an die Gesamtheit der Unternehmer gerichtet werden, dessen Spitze der Vorstand des Metallindustriellenverbandes sei. Hier müsse eingegriffen werden, nachdem die Arbeiter fast überall schon abgewiesen seien. Die Organisation der Arbeiter habe eine Stärke, daß deren Mitglieder sich dieses nicht mehr bieten lassen brauchten. Und als Voss seine Ausführungen damit endete, daß die heutige Versammlung beabsichtige, Forderungen aufzustellen, welche die Arbeiter, unterstützt durch ihre Organisationen, zur Anerkennung bringen müßten, da brauchte grenzenloser Beifall durch den Saal. Die gleiche Zustimmung erhielten die nachfolgenden Redner, die es sich zur Aufgabe machten, mehr ins Einzelne zu gehen. So wendete, der das Glend der Metallarbeiter in der passendsten Weise schilderte; ferner Gärtner, welcher der Beschuldigung derjenigen Arbeiter gedachte, die von ihrem Menschenrechte Gebrauch machten und darum den Unternehmern verhaftet worden sind; dann Brandes, welcher im Hinblick auf den Tuberkulosekongreß die Verhältnisse schilderte, die dieser Seuche Eingang verschaffen, ferner die erschreckende Zahl Unfälle in hiesigen Fabriken und die brutale Behandlung der Arbeiter mit Hilfe des Arbeitsnachwesses in der Wilhelmstraße klarlegte; Nisch, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß endlich auch die Metallarbeiter Magdeburgs sich eine bessere Position zu erkämpfen suchten; ferner ein Vertreter des Gewerbeverbandes, der speziell die Verhältnisse der hiesigen Schmiede und ein Vertreter des Zentralvereins der Formner, der die letzten Unglücksfälle in hiesigen Formereien und andere drückende Verhältnisse schilderte. Auch ein Vertreter der S.-D. Gewerbevereine sprach seine und seiner Kollegen Sympathie mit dem heutigen Vorgehen der Versammelten aus. Einmütig wurden dann folgende Forderungen an den Verband der Metallindustriellen aufgestellt:

1. Die Einführung einer normalen Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden täglich. Ueberstunden sind nur dort zu arbeiten, wo Leben und Gesundheit der Menschen dieses erfordern. Für Ueberstunden dieser Art werden 20 % extra gezahlt.
2. Die normale Arbeitszeit beginnt frühestens um 7 Uhr und endet spätestens 6 Uhr.
3. Am Sonnabend findet der Arbeitsschluß um 5 Uhr statt. Der Lohn ist in einem erleuchteten und von schlechtem Wetter geschützten Raum zu zahlen und zwar so, daß die Arbeiter um 5 Uhr die Werkstätte verlassen können.
4. In allen Betrieben ist die wöchentliche Lohnzahlung einzuführen.
5. Als Minimallohn wird für Hilfsarbeiter 35 %, für Berufsarbeiter 40 % pro Stunde festgesetzt.
6. Bei Akkordarbeit ist vor Beginn der Arbeit der Preis mit dem beteiligten Arbeiter zu vereinbaren. Bei Spezialartikeln und wiederholt vorkommenden Arbeiten ist den betreffenden Arbeitern Einsicht in eine Liste zu gestatten, welche die Akkordpreise enthält.
7. In allen Betrieben ist durch geheime Wahl der Arbeiter ein Arbeiterausschuß zu wählen, der ca. Bescheidungen der Fabrikleitung zu unterbreiten hat.
8. Ausbrechende Differenzen, die durch die Vermittlung des Arbeiterausschusses nicht beigelegt werden können, müssen einem Schlichtergericht unterbreitet werden, das zur Hälfte aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht und dem je ein Mitglied des Vorstandes des Metallindustriellen-Verbandes und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes angehört.

Ebenso einstimmig wurde eine Sympathieerklärung für die ausgesperrten Formner und Siegereiarbeiter der Maschinenfabrik Duden, L.-S., angenommen. Als dann der Kollege Gärtner die Versammlung mit einem Hoch auf den D. M. V. schloß, das brausend durch den Saal schallte, da hatte Jeder die Ueberzeugung, daß nicht zum Beweinigen die Unternehmern mit ihrer Schamlosigkeit und Rücksichtslosigkeit den Wünschen der Arbeiter gegenüber dazu beigetragen haben, daß die Metallarbeiter Magdeburgs in energischerer Weise als bisher eine Besserung ihrer Lage verlangen und dafür auch Opfer bringen werden.

**Wien.** In der Ausschloßerei von Josef Neudecker herrschen Mißstände, die aller Beschreibung spotten. Es werden das ganze Jahr hindurch Ueberstunden gemacht. Vor 14 Tagen erklärte ein Arbeiter, daß er eine Wohnung suchen müsse und deshalb keine Ueberstunden machen könne. Es wurde von dem Geschäftsführer erklärt, wenn er keine Ueberstunden machen wolle, brauche er am nächsten Tage nicht mehr zu kommen. Der Arbeiter erwiderte darauf, daß er 1 tägige Kündigungsfrist hätte, worauf Herr Waltherr den-

selben unter Androhen von Schlägen zur Werkstätte hinaustrieb. Auf Grund dieses wurde am 19. Mai eine Werkstättenversammlung abgehalten und stellte sich da heraus, daß die Mißstände recht mannichfaltig sind. Im Jahre 1897 wurde den Arbeitern die schriftliche Zusage gegeben, daß die Akkordarbeit abgeschafft wird. Trotz dieser Zusage, die Herr Neusef eigenhändig unterschrieben hat, suchen Herr Neusef und Herr Waltherr den Arbeitern den Akkord aufzudrängen. Wenn nun die Arbeiter einen Akkord fertiggestellt haben, wird er nicht, wie üblich, verrechnet und der Lohn ausgezahlt, sondern Herr Neusef beliebt es, die Arbeiter Monate lang hinzuhalten. Er vertritt Samstag immer auf die nächste Woche, so geht es fort bis Monate vorüber sind, und die Leute haben ihr Geld immer noch nicht. Ebenso, wie mit der Akkordarbeit, verhält es sich auch mit dem Zuschlag für auswärtige Arbeiten. Die Leute bekommen, nachdem sie die Woche über ihr Geld ausgelegt haben, dasselbe Samstag nicht zurückvergütet, sondern werden damit ebenfalls Monate lang hingehalten. So hat ein Arbeiter seit 19. Januar über 100 M zu bekommen, ein Anderer hat 100 M Vergütung für auswärtige Arbeit zu erhalten und hat obendrein noch über 100 M im Voraus ausgelegt für Material und Fahrgehalt, das er ebenfalls nicht bekommen kann; ein Arbeiter hat 42 M, mehrere Andere von 20—40 M zu bekommen. Die Arbeiter, welche ihr Geld wiederholt verlangten, wurden Samstag auf den Sonntag bestellt, mußten da 2—3 Mal kommen und schließlich doch leer abziehen. Es ist schon vorgekommen, daß Leute 14 Tage kein Geld erhielten, so daß sie sich anderweitig Geld borgen mußten. Herr Waltherr hat in der letzten Zeit wiederholt Arbeitern Schläge angedroht. Die Versammlung einigte sich, folgende Forderungen an Herrn Neusef zu richten: 1. Daß die Behandlung von Seiten des Herrn Waltherr eine andere und den Arbeitern nicht mit Schlägen gedroht wird. 2. Daß das systematische Ueberzeitarbeiten aufhört und Niemand gezwungen wird Ueberstunden zu machen, und daß Niemand wegen Weigerung der Ueberstunden entlassen wird. 3. Daß der Zuschlag für auswärtige Arbeiten immer am darauffolgenden Lohnstag bezahlt wird; ferner, daß die Akkord sofort nach Beendigung derselben verrechnet und am darauffolgenden Lohnstag ausbezahlt werden. — Das Schriftstück wurde von 16 Mann unterzeichnet und sollte am 26. Mai Herrn Neusef eingehändigt werden. Es wurden aber durch Denunzianten dem Geschäftsführer vorher bekannt. Derselbe ließ Mittags die fünf Arbeiter, die die Forderungen zuerst unterzeichnet hatten, auf das Bureau rufen und erklärte: Daß ihnen gekündigt sei, weil keine Arbeit mehr vorhanden wäre. Der Mangel an Arbeit kann nur ein Vorwand sein, um die Leute einzuschüchtern und sich dieser fünf organisierten Arbeiter, welche als die Heber bezeichnet wurden, zu entledigen. Als nun eine dreigliedrige Kommission am Abend Herrn Neusef das Schreiben überreichte, erklärte Herr Neusef: „Es geht mich nichts an, ich lasse mich auf nichts ein und lasse mich zu nichts zwingen, und wenn gekündigt ist, dem ist gekündigt.“ Herr Waltherr erklärte: Daß alle Diejenigen, die unterschrieben haben, gehen könnten, denn es seien meistens Lausbuben und keine Arbeiter. Von den unterzeichneten Arbeitern sind drei über ein Jahr, die andern fast alle über sechs Monate im Geschäft. Wenn es nun Lausbuben und keine Arbeiter wären, hätte sie Herr Waltherr schon längst hinausgeworfen, denn es ist schon längst bekannt, daß er an Flegel nichts zu wünschen übrig läßt. Der Arbeiter, der von dem Geschäftsführer Waltherr unter Androhen von Schlägen aus der Werkstätte gejagt wurde, hatte Klage beim Gewerbeamt eingereicht und wurde Herr Neusef, der sich durch seinen würdigen Geschäftsführer vertreten ließ, zu einer Entschädigung von 23,70 M verurteilt. Die am 26. Mai stattfindende Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und beschloß, falls Herr Neusef die Forderungen nicht bewilligt, die Sperre über diese Werkstätte zu verhängen. Wir ermahnen deshalb sämtliche Kollegen, diese Werkstätte vorläufig zu meiden.

**Wienberg.** Der Streik in der Generalmaschinenfabrik J. G. Braun dauert unverändert fort. Der Zugzug ist ein harter, ungefähr 25—30 Streikbrecher, namentlich Schlosser und Schmiede sind vorhanden. Die Dreher und Formner sind noch in keinem Maße erfasst, was für uns die Hauptsache ist. Die Streikbrecher rekrutieren sich aus sehr zweifelhaften Elementen und kann die Hälfte der Formner nur haben statt nützen. Es sind meistens auch Leute von hier, namentlich aber auch Leute aus der Bayreuther Gegend.

**Offenbach.** Eine öffentliche von ca. 100 Personen besuchte Metallarbeiterversammlung tagte am 23. Mai in der „Stadt Heidelberg“. Der Grund der Einberufung dieser Versammlung bildete das Vorgehen der Firma Faber u. Schleichler gegen ihre Arbeiter. Zu dieser Versammlung ist auch eine Einladung an die Direktion der genannten Firma ergangen. Derselbe hat schriftlich mitgeteilt, an der Versammlung nicht teilzunehmen zu können. Kollege Martens schilderte zunächst in eingehender, sachlicher Weise die von ihm mit der Direktion der Firma Faber u. Schleichler gepflogenen Verhandlungen um Freigabe des Nachmittags des 1. Mai. Herrs im Vorjahr hat die Firma denjenigen Arbeitern, welche sich an der Maifeier beteiligten, bereits von Nachmittag 4 Uhr ab freigegeben, ohne irgendwelche Maßregelungen vorzunehmen. Dieses Jahr haben nun ca. 40 Arbeiter um Freigabe des Nachmittags des 1. Mai nachgefragt. Auf dieses Gesuchen um Freigabe des betr. Nachmittags ist seitens der Direktion ein rundweg abschlägiger Bescheid ertheilt worden. Martens und weitere 33 Kollegen haben sich jedoch für den Nachmittags des 1. Mai entschuldigt, um sich an der Maifeier zu beteiligen. Am darauffolgenden Samstag ist jedoch seitens der Direktion den Kollegen Martens und Schmidt gekündigt worden und zwar zweifelslos aus dem Grunde, weil sie sich an der Maifeier beteiligten haben. Außerdem ist sämtlichen Arbeitern, welche am Nachmittag abwesend waren, eine Strafe von je 50 % angesetzt worden. Dieses rücksichtslose Vorgehen der Direktion in Anbetracht der im Vorjahr beobachteten Haltung derselben ist sicher nur auf das Schreckhafte zu verurteilen. Diese Maßregelung hat unter der Arbeitererschaft große Entrüstung aus dem Grunde hervorgerufen, weil die Firma bisher als eine humane ihren Arbeitern gegenüber galt. Seitdem jedoch die Firma in eine Aktien-gesellschaft umgewandelt ist, scheint die Direktion ihre Hauptaufgabe in der Erreichung hoher Dividenden zu erblicken, ungeachtet dessen, wie mit den Arbeitern umgesprungen wird.

Auch wies Redner auf die lange Stundenzahl, sowie auf den niedrigen Stundenlohn hin, welcher seitens der Firma gezahlt wird. Die Firma habe wohl, wie verlautet, zugesagt, keine weiteren Kündigungen folgen zu lassen, es ist jedoch Gefahr vorhanden, daß sie Diejenigen, welche am Nachmittags des 1. Mai nicht gearbeitet haben, nach und nach entläßt. Die folgenden sich an der Diskussion beteiligenden Kollegen unterzogen gleichfalls das geschilderte Vorgehen einer scharfen Kritik und verlangten ein festes Zusammengehen der bei der Firma Faber u. Schleichler beschäftigten Arbeiter, um das fernere Vorkommen von weiteren Maßregelungen illusorisch zu machen. Weiter legen, wie betont wurde, ein Teil der bei der betr. Firma beschäftigten Arbeiter, worunter eine Anzahl älterer organisierte Kollegen sich befinden, eine Interesslosigkeit an den Tag, daß ein energisches Vorgehen seitens der Arbeiter fast ausichtslos erscheint und es nicht verwunderlich erscheint, wenn die Direktion, wie es geschehen sei, verfähre. Nach Schluß der Diskussion wird die nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung verurteilt aufs Entschiedenste das Vorgehen der Firma Faber u. Schleichler gegen die Arbeiter, die am 1. Mai gefeiert haben. Jedoch ist diese Handlungsweise nur möglich, weil die Arbeiter dieser Firma große Interesslosigkeit der Organisation gegenüber an den Tag legen und somit die beste Waffe im Kampfe zur Eringung besserer Lebensbedingungen aus der Hand geben. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, der Organisation beizutreten, damit für die Zukunft derartigem Vorgehen entgegengetreten werden kann.“ Behufs einer nochmaligen Besprechung der Angelegenheit werden weitere Schritte vorbehalten.

**Köslau.** Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung fand hier am 27. Mai in der „Goldnen Krone“ statt, in der Kollege Brandes-Magdeburg über das Thema: „Der Kampf der Metallarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“ referierte. Redner ging auf die Entwicklung der Industrie ein und zeigte, wie die Maschinenunternehmungen immer größer, hingegen die Arbeiter um so abhängiger werden, so lange sie nicht alle selbst organisiert sind. Viele Aktiengesellschaften zahlen heute schon mehr an Dividenden als an Arbeitslöhnen. Eine große Konkurrenz drohe dem deutschen Arbeiter in seiner ohnehin schlechten Lage in Zukunft auch durch die in letzter Zeit aufstrebenden Kulturstaaten von Rußland und Asien, welche sich in den letzten 10 Jahren bedeutend industriell entwickelt hätten. Die einmal eintretende Krise würde größer als alle früheren und allgemeine Arbeitslosigkeit im Gefolge haben. Die Arbeiter müßten daher endlich aufwachen und begreifen lernen, daß sie sich gewerkschaftlich und politisch organisieren müssen, um später an Stelle der heutigen Produktionsweise eine andere zu setzen. Um die Arbeiter zu gebildeten und intelligenten Menschen zu machen, wäre das Wichtigste eine Verkürzung der Arbeitszeit. Statistisch erwiesen ist auch, daß Diejenigen mit kürzer Arbeitszeit stets den höchsten Lohn erhalten. Auch in Köslau wird die Arbeitszeit öfter sehr ausgedehnt, auf 12—18 Stunden und noch länger. Will Jemand nicht länger arbeiten, so wird ihm kurzer Hand gekündigt, auch wenn es der tüchtigste Arbeiter ist, da eben noch viel zu Wenige organisiert sind und die Spitze hier noch sehr im Schwunge ist. Nach dem Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Nach einem Schlusswort des Referenten und der Aufforderung, alle Köslauer Metallarbeiter möchten sich dem D. M. V. anschließen, wurde mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**Klempner.**

**Brandenburg a. H.** Der Zustand der hiesigen Bau-Klempner ist beendigt; sämtliche Forderungen sind bewilligt. Hoffentlich lassen es die Herren Meister nicht noch einmal auf eine Kraftprobe ankommen.

**Düsseldorf.** Am 20. Mai fand im Lokale des Herrn v. d. Warth eine öffentliche Versammlung der Klempner- und Installateurgehilfen statt. 200 Personen waren anwesend, auch etliche Meister waren der Einladung gefolgt. Die Tagesordnung lautete: „Die Antwort der Meister auf unseren eingereichten Lohnantrag und weitere Beschlussfassung.“ Der Vorsitzende der Sektion der Klempner und Installateure führte der Versammlung die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserer Düsseldorf vor Augen, die so sind, daß sich die Berufscollegen veranlaßt fühlen, an die Meister mit Forderungen heranzutreten; es fand eine öffentliche Versammlung am 25. März cr. statt, in derselben wurde dann ein Lohnantrag aufgestellt; die christlich organisierten Kollegen legten offen und ehrlich ihren Standpunkt klar, der dahin ging, daß sie in ihrer Organisation entschlossen seien, gemeinsam mit in die Lohnbewegung einzutreten. Es wurden Stimmen laut, daß der Tarif nicht weitgehend genug sei, doch gelangte derselbe zur Annahme und wurde den Meistern unterbreitet. Antwort wurde bis zum 1. Mai gewünscht, doch ist noch keine erfolgt. Das läßt vermuten, daß die Herren nicht gesonnen sind mit ihren Gehilfen zu verhandeln, sondern daß sie uns den Kampf aufzwingen werden. Darum heißt es uns zum Kampf rufen und fest und trenn zur Organisation zu halten. Zum Kampf ist auch Munition erforderlich, darum hat die Lohnkommission beschlossen, Sammellisten heraus zu geben. Nach diesen Ausführungen ersuchte der Leiter der Versammlung die anwesenden Meister sich zum Wort zu melden, was nicht geschieht. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Redner meinte, es sei notwendig weitere Beschlüsse zu fassen. Der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiter-Verbandes führte aus, man solle sich organisieren, gleich wo, man solle aber nicht nach Lage der Sache jetzt hängen werden, nur treu und fest zusammenhalten. Der Geschäftsführer des Gewerkschaftsartikels spricht sich im Sinne des Vorredners aus, doch man müsse das Eisen schmieden, wenn es warm ist, aber vorher müsse man das Feuer vorbereiten, ehe es zum Schmieden komme. Die Augen sei im Rollen, die meisten Klempner und Installateure seien ja erfreulicher Weise meistens organisiert. Er ist der festen Ueberzeugung, daß die übrigen Gewerkschaften den Klempnern und Installateuren sympathisch gegenüber stehen, auch in materieller Hinsicht ihr Möglichstes thun werden. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heutige, im Lokale des Herrn v. d. Warth tagende, öffentliche Versammlung der Klempner- und Installateurgehilfen erzieht aus dem Bericht der Lohnkommission, daß die Herren Meister

nicht gewillt sind auf gutlichem Wege zu verhandeln. Die Klemmer- und Installateurgehilfen Düsseldorf werden deshalb mit allen gesetzlichen Mitteln den Kampf mit den Meistern aufnehmen, um den aufgestellten Lohnarif, der nach den heutigen Verhältnissen nur zur billigen Forderungen enthält, zur Durchführung zu bringen; sie beschließen deshalb, am 1. August einmütig die Arbeit nieder zu legen.

**Fiel.** In der am 29. Mai abgehaltenen Mitglieder- versammlung der Sektion der Klemmer, die von 96 Kol- legen besucht war, wurde das Antwortschreiben der Innung zur Verlesung gebracht. Dasselbe ist, wie das erste Schreiben, ablehnend gehalten. In der Diskussion wurde von allen Seiten hervorgehoben, daß wir unbedingt auf unseren Forderungen bestehen müssen. Um aber nichts unverjucht zu lassen, was zu einer friedlichen Lösung der Angelegenheit führen könnte, wurde der Gesellenausschuß beauftragt, bei dem Innungsvorstand einen Antrag auf mündliche Verhandlung zu stellen. Die Forderungen sind bis jetzt von fünf Nicht- einigungsmeistern, die zusammen 12 Kollegen beschäftigten, be- willigt, und steht bestimmt zu erwarten, daß noch mehrere Meister binnen Kurzem folgen werden. Ein Antrag, über 14 Tage die entscheidende Versammlung abzuhalten, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

**Feilenhauer.**

**Aalen.** Was es mit Gesuchen von jungen tüchtigen Arbeitern mandmal auf sich hat, zeigt folgender Vorfall: Auf Vermittlung des Arbeitsamtes Stuttgart erhielt die Feilenhauerei Färber hier einen tüchtigen 27 jähr. Arbeiter. Beim Eintritt erkundigte sich der Gehilfe nach den Lohn- verhältnissen. Seitens der Firma Färber wurden ihm 8 M. Wochenlohn zugesichert bei freier Station; aber schon am 2. Tage hieß es: „Ich kann 8 M. nicht bezahlen und übrigens sind Sie uns auch zu alt.“ worauf der Arbeiter seine Ent- lassung erhielt. Dieser Klage nun auf 14 tägige Lohn- entschädigung mit 20,70 M. und erhielt im Vergleichswege 10,30 M. Hier ist die Frage wie alt, ein junger tüchtiger Arbeiter eigentlich sein muß, gewiß keine müßige und werden die Arbeiter gut thun, in solchen Fällen vorichtig zu sein.

**Dresden u. Umg.** Feilenhauer. Sonntag, 20. Mai tagte in Baltens Restaurant eine öffentliche Feilenarbeiter- Versammlung mit der Tagesordnung: „Gewerkschaftliches“. Kollege Hoffmann referierte. Er bedauerte, daß unter den hiesigen Feilenarbeitern eine große Rauhheit herrsche, wozu sie nicht den geringsten Grund hätten, indem die Verhält- nisse unter den Feilenarbeitern gerade nicht die glänzendsten seien. Ferner bedauert er, daß seit dem letzten Versamm- lungsbeschlusse (bei der Vereinsauflösung) die Beiträge zur Extra-Vokalunterstützung für zureisende Fremde von keinem Kollegen, außer einigen Dresdnern, bezahlt werden. Bes- sonders ziehen sich die meisten, die früher sehr warm dafür eingetreten sind, von dieser Sache zurück. Redner erjucht die Kollegen, sich schüßig zu werden, um etwas Einheitsliches in dieser Sache zu schaffen. In der Diskussion sprachen sich zwei Redner gegen jede Vokalunterstützung aus, indem dies Sache des Verbandes wäre. Diese zwei Redner wurden von allen nachfolgenden Rednern widerlegt und wird sehr warm für Weiterführung der Vokalunterstützung eingetreten, was auch schließlich mit 24 gegen 2 Stimmen (2 ungültig) angenommen wurde. Der wöchentliche Beitrag beträgt 5 Pfg. Die Unterstützung an zureisende Fremde (nur Organi- sierte) 75 Pfg. Als Vertrauensmänner werden die Kollegen St. Unger, Sedler und als Ersatzmann M. Grolsch gewählt. Zahlabende und Zusammenkünfte für Dresden finden jeden Sonntag nach dem 1. und 15. jeden Monats in Baltens Restaurant, Freiburgerplatz, statt. Zum Schluß forderte der Bevollmächtigte auf, stets für die Organisation zu wirken, da wir nur dadurch unsere Lage verbessern können. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung erfolgte Schluß der zahlreich besuchten Versammlung.

**Magdeburg.** Am 27. Mai hielten die hiesigen Feilen- hauer und Schleifer eine gut besuchte Versammlung ab und wurde ein Antrag angenommen, die Branchenversammlungen fallen zu lassen, doch hat sich jeder Kollege seiner Bezirksabteilung des D. M. V. anzuschließen. Der Vor- sitzende übte an dem Restantenwesen Kritik, denn Mit- glieder, welche nur auf dem Papier stehen, könnten dem Verbande nichts nützen; der Verband könne nur leistungs- fähige, d. h. zahlungsbereite Mitglieder brauchen, dann wäre auch der Verband im Stande für die Mitglieder etwas zu leisten. Besonders wurde hier das Verhalten des „Auch- kollegen“ Emil Thälmann beleuchtet. Wir wollen heute auf seine Handlungsweise nicht weiter eingehen. Es gibt leider in Magdeburg noch mehrere solcher Kollegen, die sich absolut um nichts kümmern und in ihrem Stumpfsinn dahin leben, als ob die Feilenhauer nicht alle Ursache hätten, ihre Lage zu verbessern. Vor Kurzem ist ein Arbeitsnachweis für Feilenhauer und Schleifer errichtet worden, der gut funk- tioniert; derselbe befindet sich im Bureau des D. M. V., Tischlertr. 28, Hof, Part., r., bei Otto Vog. Zureisende Kollegen mögen sich dahin wenden, daselbst wird auch Reise- unterstützung begahlt. Da sich nun die engere Verwaltung der Sektion der Feilenhauer aufgelöst hat, wurde ein Ver- trauensmann gewählt, welcher alles im Feilenhauergewerbe Bemerkenswerte zu beobachten hat. Mit diesem Aute wurde der Kollege Josef Stranitz, Brauertr. 4, Magde- burg-Buckau, betraut und sind alle Anfragen und Send- ungen an obige Adresse zu richten. Kritik geübt wurde an dem Artikel in Nr. 20 der „M. A. Z.“ aus Leipzig. Man konnte es hier nicht begreifen, daß unter so aufgeklärten Kollegen, wie in Leipzig, solch ein Gedanke und Beschluß, betr. Gründung eines Reiseunterstützungsvereins, gefaßt werden konnte. Kollegen, ermahnt Euch und nehmt Abstand von solchen Beschlüssen, die nur geeignet sind, Verwirrung unter den Kollegen hervorzurufen; wollt Ihr ein starkes Rückgrat den Unternehmern zeigen, so tretet Mann für Mann dem D. M. V. bei.

**Rundschau.**

Wie die „Auch-Arbeiter-Freunde“ zu wirken ge- denken, das zeigt eine Zuschrift an das Verbandsorgan der Buchdrucker. Der Einsender hat der zu Osnern in Erfurt

stattgefundenen christlich-sozialen Pastorenkonferenz beige- wohnt und berichtet darüber:

Nachdem sich die Herren Pfarrer über verschiedene Thematia den Kopf zerbrochen hatten, unternahmen sie es auch, sich mit der Gewerkschaftsbewegung zu befassen. Daß die Ansichten der Herren Pfarrer das Licht der Offenlich- keit nicht vertragen können, ging deutlich daraus hervor, daß diese Frage unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wurde. Einzelnen Anhängern der freien Gewerkschaften ist es jedoch gelungen, diesen Verhandlungen beizuwohnen, und so bin ich in der Lage, den Kollegen etwas darüber berichten zu können. Es dürfte umfomehr interessieren, da sich die Herren auch mit dem Buchdruckerverbande eingehend be- schäftigten und diesen neben einigen anderen Verbänden sich als Versuchsfeld ihrer gewerkschaftlichen Thätigkeit auser- sehen haben.

Nachdem man sich eine Zeit lang über den Werth der Gewerkschaften herumgestritten hatte und allgemein zu der Ansicht gekommen war, daß die Herren Pastoren schlecht zu Gewerkschaftsführern sich eigneten, ging man zu der Be- handlung der Frage über: „Wie kann man den christlichen Samen in die Gewerkschaften streuen?“ Auch hier waren die Meinungen getheilt. Die einen wollten, man solle den christlich gesinnten Arbeitern den Eintritt in die Gewerk- schaften empfehlen, weil diese allein im Stande seien, wirtsh- schaftliche Vortheile für die Arbeiter zu schaffen. Die anderen warnten davor, weil dann die christlichen Arbeiter von dem sozialdemokratischen Gifte infiziert würden. Andere wieder wollten sogenannte Rednerschulen eingerichtet wissen, damit befähigte Elemente geschaffen würden, die in den Gewerkschaften die christlichen Ideen vertreten sollten. Nachdem lange hin und her debattirt war, mußte man doch zum Schlusse kommen, um etwas für die Gewerkschaftsbewegung gethan zu haben. Man einigte sich auf folgende Punkte:

1. Die Gründung von interkonfessionellen (gemeint ist hier selbstverständlich nur evangelisch und katholisch) Ge- werkschaften zu unterstützen; die jeweilig stärkste Konfession übernimmt die Leitung.
2. Die Gewerkschaftspressen soll eifrig gelesen und abonniert werden, um daraus zu ersehen, welche Gewerk- schaften sich am meisten mit den christlichen Gewerkschaften befassen. Diese sollen dann von Zeit zu Zeit mit Ein- sendungen beglückt werden und wenn diese Ausnahme finden, ist die Zeit gekommen, wo die christlichen Mit- glieder hineinkommandirt werden können.

Es wurden nun auch einzelne Gewerkschaften auf ihre Aufnahmefähigkeit für diese neue Idee untersucht und da fand man denn heraus, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker wohl in erster Linie in Frage käme. Neben diesen nannte man die Lithographen und Steinbrucker, die Bauarbeiter, die Tischler usw.

Da die Herren Pastoren für ihre Ideen sich unsern Verband ebenfalls anerkennen haben, kann ich wohl mit Be- stimmtheit aussprechen, daß sie bei uns wenig Glück haben werden. Wir wissen am allerbesten was uns noth thut. Wir wissen, daß in unseren Reihen der konfessionelle Streik keinen Boden finden wird, denn ein solcher müßte entstehen, wenn nach dem Rezept der Herren gearbeitet werden sollte. Unser Statut verbietet uns, derartige Fragen zu behandeln. Es müßte auch zu unendlichen Reibungen führen, wenn in den Gewerkschaften anstatt der wirtschaftlichen die kirchlichen Probleme gelöst werden sollten. Wir werden, wie in der Vergangenheit, so in der Zukunft handeln, wonach uns ein Jeder willkommen ist, gleichviel welcher Religion er ange- hört.

Aber auch die Redaktionen der Arbeiterblätter werden gut thun, diesen Fingerzeig im Auge zu behalten. Es werden, wenn wirklich ab und zu von dieser Seite Artikel in die Blätter lancirt werden sollten, Verhältnisse geschaffen werden, die nicht im Interesse der Gewerkschaften liegen können. Es würden sich Stimmen für und wider erheben und der Zweck der Herren Pastoren wäre erreicht. Meiner Meinung nach geht das Streben der Herren nur dahin, die Uneinigkeit in die Gewerkschaften zu tragen und das darf und wird nicht geschehen.

**Der Streik der Berliner Straßenbahnangestellten** ist nach dreitägiger Dauer beendet worden, wie wir schon in der vorigen Nummer kurz melden konnten. Die stolze Direktion wollte anfänglich „durchaus nicht verhandeln“, aber die großartige Einigkeit der Angestellten zwang sie, von dem hohen Stos herabzusteigen und die Vermittlung des Oberbürger Herrn Kirchner anzunehmen. Der Haupterfolg des Streiks ist natürlich das gewachsene Selbstgefühl der Arbeiter und die Erfahrung der Direktion, daß sie nicht mit den Angestellten verfahren darf wie sie will. Die Einigkeit der Arbeiter hat wieder einmal glänzend ihre Durchschlags- kraft bewiesen.

Zeitgeschichtlich, wichtig ist die Stellung der Regierung zu dem Ausstand. Bekanntlich haben große Ausschreitungen am Streik Unbetheiligter gegen die „Arbeitswilligen“ und das Eigenthum der Bahngesellschaft stattgefunden. Der Ver- fehr mußte ganz eingestellt werden, weil die gesamte Be- wölkung, die Aktionäre und Bureaukraten natürlich aus- geschlossen, mit den Streikenden sympathisirte und dies demon- strativ zum Ausdruck brachte. Im Landtag kam darauf die Sprache und der Minister des Innern sprach ein weiteres über „mangelnde Disziplin der Arbeiter“. Der Minister schloß seine Rede:

„Ich mußte aber auf alle Fälle gerüstet sein und hielt deshalb zu später Stunde mit den militärischen Befehls- habern eine Konferenz ab. Die nöthigen Truppen sind ja konfignirt, um nöthigenfalls einzuschreiten. Ich hoffe, daß dies nicht nöthig sein wird.“

Sollte es aber doch der Fall sein, dann muß auch zum nächstschloßen Einschreiten die Möglichkeit da sein. Wir haben die Pflicht zu zeigen, daß wir dem Janhagel gegenüber Herr im Hause sind, und daß wir Jeden zu Boden werfen, der es wagt, der Majestät des Geistes entgegen zu treten.“

Natürlich jauchzten die junkerlichen Kanakrebelln zu diesen Worten Beifall, wissen sie doch, daß man einen Junker wegen Disziplinlosigkeit nur „die Treppe hinauf maßregeln“. Leute, die in amtlicher Stellung sich befinden und privat in der Presse gegen ein Projekt der Regierung wählten, sind ja auch dazu berufen, von Disziplin und „sittlicher Ver- wirtung“ zu reden. Die Regierung zeigte wieder einmal,

daß sie nicht im Stande ist, den Geist der Zeit zu begreifen. Das offiziöse Organ, die „M. A. Z.“ schrieb:

„Die Hand der Sozialdemokratie ist, wie in in dem größten Theile der Ausstandsbelegungen der letzten Jahre, so auch in der Organisation des Streiks der Berliner Straßenbahn-Angestellten unverkennbar bemerklich ge- worden. Die Staatsregierung aber hat die Pflicht, den bewußt auf die diktatorische Beherrschung der Arbeiter- schaft und des gesammten öffentlichen Lebens hizzielnden Bestrebungen der Sozialdemokratie auf das Entschiedenste entgegenzuwirken, und es kann versichert werden, daß sie dieser ihrer Pflicht nach allen Richtungen hin ent- sprechen wird.“

Zur Zeit liegt für ein derartiges Eingreifen der Staatsregierung als Aufsichtsbehörde der Berliner Straßen- bahn-Verwaltungen kein Anlaß vor, da die letzteren den die Disziplin gefährdenden Forderungen ihrer Angestellten ein entschiedenes Nein entgegengesetzt haben.“

Dabei brüsteten sich die streikenden Angestellten in den Versammlungen mit ihrer königstreuen Gesinnung und von der Direktion konnte man sagen: „Heute noch auf stolzen Kössen, morgen durch die Brust geschossen“, denn ach wie bald mußte sie nachgeben. Wer unsere Regierungsmaßnahmen beobachtet, muß staunen, daß es in Deutschland noch Leute gibt, die meinen, diese Staatsleiter könne man mit sozialem Geiste erfüllen.

**Fabrikinspektor und Arbeiter in Sachsen.** Die Handhabung der Fabrikaufsicht in Sachsen wird durch zwei charakteristische Vorkommnisse gekennzeichnet. In einer Tex- tilarbeiterversammlung in Riechberg wurden, dem „Sächs. Volksblatt“ zufolge, verschiedene Mißstände in Fabriken zur Sprache gebracht. Auf diese Beschwerden nun erschien kurz darauf der Gewerbe-Inspektor von Zwickau in dortigen Fabriken, um diese Zustände zu untersuchen. Aber was geschah? Der Gewerbe-Inspektor mußte genau, welche Ar- beiter in dieser Versammlung über Mißstände gesprochen hatten und er ließ diese in jeder Fabrik in's Komptoir kommen, um sie in Gegenwart des Fabrikbesizers auszu- forschen. Einige Arbeiter verweigerten die Antwort mit der Bemerkung, daß sie nur mit ihm allein sprechen wollten. Diesem Wunsche entsprach der Herr Gewerbe-Inspektor nicht. Das Resultat ist nun, daß ein Arbeiter, der etliche 20 Jahre bei der Firma J. G. Wolf beschäftigt ist, am dritten Oster- feiertag sofort entlassen wurde, weil er den Herrn Gewerbe- Inspektor in der Fabrik herumgeführt und denselben auf einige Uebelstände aufmerksam gemacht hat.

Den anderen Fall schildert ein Heft in der „Sächs. Arbeiter-Zig.“ wie folgt:

Vor einiger Zeit machte ich den Freiburger Fabrik- inspektor auf die sanitären Verhältnisse in der Druckerei des dortigen Amtsblattes aufmerksam. Nach dem ersten höf- lichen Brief rührte sich nichts, auch eine Postkarte mit der höflichen aber dringenden Bitte, doch einmal früh 8 Uhr in der Druckerei zu erscheinen, hatte keinen Erfolg, der Fabrik- inspektor kam nicht; erst ein drittes Schreiben brachte den Herrn zu einer Revision; aber unter welchen Umständen ging diese vor sich? Statt, wie gebeten, um 8 Uhr, wo die bestehenden Mißstände am empfindlichsten bemerkbar sind, erschien der Herr glücklich gegen 10 Uhr. Die angegebenen Mißstände schienen den Herrn gleichfalls nicht besonders zu interessieren; desto mehr Eifer legte er an den Tag, den Schreiber des Briefes zu erfahren. Seine ersten Worte waren, nachdem er in den Arbeitsaal getreten war: Wer von Ihnen hat die Anzeige geschrieben? Ich war von dieser Art der Pflichterfüllung überrascht, zog es aber vor, zu schweigen, um der sicher zu erwartenden Maßregelung zu entgehen.

Schließlich hatte die Revision doch die Folge, daß für einige Tage bessere Luft wurde, aber schon kurze Zeit dar- nach zog der gefährliche Dampf aus der Stereotypie wieder in den Saal und verbreitete sich über Maschinen- und Seher- raum. Nach mehrmaligen Schreiben erschien der Fabrik- inspektor wieder, diesmal um 9 Uhr — die Luft war zu- fällig rein. Da ließ sich der Herr Fabrikinspektor die Ein- schreibebücher der Seher geben, um den Briefschreiber fest- stellen zu können. Der Liebe Nähe war vergeblich. Aber noch heute werden in der Druckerei des „Freiberger Anz.“ die Seher durch die Dämpfe aus der Stereotypie belästigt. Wenn diese Vorgänge die Maßregelung des betreffenden Beschwerdeführers nicht zur direkten Folge hatten, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Schriftenbergleichung des Fabrikinspektors resultatlos verlief.“

Derartige Vorfälle, die namentlich in Sachsen nicht gerade selten sind, erscheinen natürlich am wenigsten ge- nade das Vertrauen der Arbeiter zur Gewerbeinspektion zu festigen. Während die bayerischen, badischen und selbst manche preußische Beamte mit den Arbeitern möglichst unauffällig in Verkehr treten, um diese vor Maßregelung zu bewahren, scheint sich in Sachsen das System auszubilden, den Arbeitern die Be- schwerdeführung und Förderung des Arbeiterschutzes grüb- lich zu verkleiden.

**Ueber amerikanische Arbeitslöhne** über die in Deutschland vielfach falsche Ansichten verbreitet sind, schreibt die „New-Yorker Volkszig.“:

Wir haben heute ein Zugeständniß festzunageln, wie es nicht oft vorächtigen bürgerlichen Prekslakaien aus der Feder schlüpft. Die amerikanischen Arbeitslöhne wurden bekanni- lich in den bürgerlichen Blättern von jeher als vollkommen ausreichend hingestellt und jetzt, seit dem Herabbrechen der Prosperitätswooge, als mehr denn ausreichend. Hatte doch neulich die „N. Y. Sun“ sogar die Freiheit, zu behaupten, die amerikanischen Arbeiter erhielten jetzt so hohe Löhne, daß sie aus reinem Uebermuth stritten! Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß schon vor Jahren ein menschenfreund- licher Amerikaner, Henry Ward Beecher, den Lohnsatz von „einem Dollar per Tag“ für „vollkommen ausreichend“ er- klarte. Vielleicht dient dieser Satz heute noch den Lohn- schätzungen der bürgerlichen Presse als Basis. Aber daß selbst diese Basis noch zu hoch gegriffen ist, darüber belehrt uns eine Abgleichung in einem Artikel der „Evening Post“. Das Blatt wendet sich gegen die Bewilligung der neuen „Grand Army Bill“, welche die Auszahlung von Pensionen gestattet an Wittwen, die ein privates Einkommen besitzen bis zur Höhe von 250 Dollar per Jahr. Die „Post“ hält diese Bewilligung für ungerecht und motivirt das, wie folgt: „Ein Einkommen von 250 Dollar per Jahr mag wohl habenden Leuten nicht groß erscheinen. Aber wenn die es

Die Lebensverhältnisse der großen Masse unserer Bevölkerung...

Briefkasten.

D. A. Crimmitschau. Wir senden keine Berichte zurück.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Aischaffenburg. Samstag, 16. Juni, im 'Bayerischen Hof'... Augsburg. Samstag, 16. Juni, Abends 8 Uhr, im 'Blauen Hof'... Bitterfeld. Samstag, den 16. Juni... Braunschweig. Sonnabend, 16. Juni, Abends halb 9 Uhr... Chemnitz. Brühlviertel nebst Furtch und Wja im Restaurant 'Chemnitzthal' bei Weigelt... Köln. (Sektion der Klempner, Installateure und Kupferfchmiede)... Darmstadt. Jeden 1. u. 3. Samstag im Monat, in 'Gramers Bierhalle'... Dortmund. (Sektion der Klempner.) Samstag, den 9. Juni, Abends halb 9 Uhr... Eisenach. Am 15. Juni, im 'fröhlichen Mann'... Erfurt. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 16. Juni, in der 'Mühlburg'... Fünferwalde. Jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. im Monat im Gasthof zum 'Stern'... Frankfurt a. O. Jeden Sonnabend nach dem 15. den Monat... Frankfurt a. M. - Bockenheimer. Samstag, 9. Juni, Abends halb 9 Uhr, im 'Erlanger Hof'... Freiburg i. Br. Samstag, 9. Juni, Abends 8 Uhr, bei Schwante... Freiberg i. S. Jeden Sonnabend von 9 bis 10 Uhr Abends... Gera. Sonnabend, den 16. Juni, Abends 8 Uhr, in Beders Lokal, Waldstraße... Guben. Jeden Sonnabend vor dem 1. des Monats... GutsMuths-Bochheim. Am 9. Juni bei Jakob Ruther zum 'Wengarten'... Gvrlitz. Sonnabend, den 16. Juni, im 'Selbstteller'... Greiz. Sonnabend, den 16. Juni, Abends 1/9 Uhr im 'Marienbad'... Hannover. (Allg.) Sonnabend, 16. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im Saale des 'Ballhofes'... Iweraghofen. Sonnabend, den 16. Juni Versammlung im 'Alten Frig'... Kalk. Dienstag, den 16. Juni, Abends 9 Uhr, bei Nied, Viktoriastraße 70... Karlsruhe. (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den 9. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Möhrlein, Kaiserstraße 13... Kollar. Dienstag, 12. Juni, Abends 9 Uhr, bei Gastwirt Heinrich Wohl eines Kaffiers... München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, 16. Juni, Abends 8 Uhr, im 'Ober-Ost'... Neumarkt (Orla). Am 16. Juni, Abends halb 9 Uhr, im 'Fürstengarten'... Niedersiedlitz. Jeden Montag nach dem 15., Abends 8 Uhr... Oberrad. Montag, den 11. Juni, Abends 9 Uhr, im 'Lohns', Fraufurterstraße 16... Pforzheim. (Sektion der Gold- und Silberarbeiter, Filiale Bilschmiedeh.) Sonntag, den 17. Juni, Vormittags 11 Uhr, in der 'Hochburg'... Pforzheim. (Sektion der Fassler.) Samstag, den 16. Juni... Pforta. Sonnabend, den 16. Juni, in der 'Barnshalle'... Regensburg. Regelmäßig am ersten Samstag eines jeden Monats, Abends 8 1/2 Uhr bei Billemeier... Regensburg. Sonntag, den 9. Juni, Abends 8 Uhr in der 'Krone'... Seefeldbrunn. Am 16. Juni bei Zanoni... Solingen. Sonntag, den 16. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei v. Geis, Kronenbergerstraße

Stettin. (Bezirk 1.) Sonnabend, 16. Juni, bei Voigt, Dr. Alttergasse 7... Thalkirchener. Jeden 3. Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr, in der 'Brauerei Thalkircher'... Trausnitz. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat... Urfers. Samstag, 9. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Verbandslokale, Vortrag... Zeitz. Die Gewerkschaftsherberge befindet sich nur im 'Fürstinger Hof'... Zwickau. Am 16. Juni, bei Gerchland.

Galbe u. J. Der Eisenbräuer Robert Witt aus Duedlinburg... Galbe u. J. Der Eisenbräuer Robert Witt aus Duedlinburg, Buch-Nr. 358072 und Eisendreher Johann Fährbringer, B.-Nr. 358071 werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Wien. (Sektion der Klempner.) Die zureisenden Kollegen werden hierdurch auf unseren Arbeitsnachweis aufmerksam gemacht... Wien. (Sektion der Klempner.) Verbotlich: Karl Strophff, kleine Spige 16/III, Kaffeezer: Willgelin Müller, Viehhofstraße 161 (Göln-Ehrenfeld).

Dresden u. Ang. Kollegen, unsere Statistik ist nicht zu vergessen! Ablieferungstermin 10. Juni, Bureau Erlischstraße 14... Dresden: Restaurant Baltus, Freibergerplatz, Milch, Schönbrunnstraße, Amaburger Hof, Falkenstraße 2, Rößler, 'Schillinghof', Reisenwitzerstraße, Nied. Gorbiz: Max Gottlöber, Reimppischerstraße 78, Cotta: Restaurant Stadt Dresden, Brauerstraße, Kötzschenbroda: Restaurant zum Bürgergarten, Radebeul: W. Karasch, Dresdenstraße 59 I, Kemnitz h. Dresden: G. Weigelt, Reiknerstraße 59/II, Kötz h. Dresden: Restaurant Kamerun.

Dresden u. Ang. Sonntag, den 17. Juni, großes Sommerfest im Gantrichs, Rößlerstraße, bestehend in Instrumentalkonzert, Preisfesteln, Preisstößen, Ringwerfen verschiedener Art, Damen- und Kinderbelustigungen... Leipzig. Sonntag, den 17. Juni Sommerfest im 'Albertsgarten', Anger, Crottendorf. Programme im Vorverkauf 15 Pfg. sind bei allen Werkstättenmitgliedern, sowie im Bureau, Windmühlenstraße 11, zu haben... Lübeck. (Feilenhauer.) Der Arbeitsnachweis ist bei Kollege Ludwig Kndolp, Bedtergrube 15/II, Kaffierer: Ludwig Graf, Gr. Peterstraße 12. Wer den Arbeitsnachweis umgeht, erhält keine Unterstützung... Magdeburg. Feilenhauer. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Bureau, Tischlerstraße 28, S. p. r. Derselbe ist von 9-12 Uhr Vormittags und von 4-7 Uhr Nachmittags geöffnet... Neu-Ruppin. Sonnabend, den 16. Juni bei A. Schröder Stiftungsdirekt, bestehend aus Theater und Ball... Neustadt a. O. Sonnabend, den 16. Juni, Abends 1/9 Uhr, im 'Fürstengarten' Familienabend... Nordhausen. Kaffierer: Hugo Bauer, Frauenbergerstraße 45. Reiknerstraße im Verbandslokal 'Stadt Berlin'... Nürnberg. Der Arbeitsnachweis der Glaschner befindet sich im 'Goldenen Anker', Bergstraße 9. Umzuschauen ist verboten.

Gestorben.

In Frankfurt a. M. der Dreher Gustav Weber, 21 Jahre alt an Schwindsucht... In Bam der Maschinenbauer Edward Fuchs, 31 Jahre alt... In Brandenburg a. H. der Schlosser Wilhelm Klopstock, 40 Jahre alt, an Lungenerkrankung.

Privat-Anzeigen

Anzeigen unter dieser Rubrik finden nur Aufnahme bei vorheriger Einsendung des Betrages.

Uhrmacher Alfred Weig aus Wien wird von seinem Leipziger Bruder um Adressangabe gebeten.

Ein Feilschankerei mit guter Landkassette ist bei günstigen Bedingungen zu verpachten oder zu verkaufen.

Erfahrene Dreher, Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker finden passenden Nebenverdienst durch Mitteilungen aus der Presse an eine Fachzeitung... Stuttgart, Regstr. 53.

Formerwerkzeuge aller Art in sauberster Ausführung empfiehlt Karl Adernann, Formerwerkzeugfabrik Wöhlen i. S. Interessenten sehen Musterbücher und Preislisten zur Verfügung.

Quittungsmarken, Rabattmarken, Kaufstempel, sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswert Konrad Müller, Schreiber- u. Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis!

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Merkules tragen. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen... Bei Entnahme von 4 Paar 50

Baer Sohn Engros-Endetail Berlin Export-Import Brückenstr. 11, Chausseestr. 24a, Gr. Frankfurterstr. 20. Die 15. Preisliste 1900 über gesamte Herren- und Knabenbekleidung (Ausgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Die monatlich 2 mal erscheinende Metallotechnische Rundschau. Gemeinverständliches Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie widmet sich der Verbreitung und Weiterbildung der Kenntnisse aller in der Metallindustrie tätigen Arbeiter und Handwerker...

Dreher, Dreherlehrlinge, Schlosser, Mechaniker &c. Gewindeberechnungen, 40 Abbild., 35 Tab., M. 1,35. Gewindevortrag 30 A - Räderstala 15 A - Konusberechnungen (zur raschen Anfertigung aller konischen Arbeiten auf der Drehbank) 58 Abbild., 1 Tab., M. 1,30, mit Messingstäben M. 1,80. Nachschlagebüchlein für Offertbriefe, techn. Literaturverzeichnis u. 50 A. Ferner liefert Epitengewindeleere 80 A, Flachgewindeleere M. 1,20, sowie Schiebklein. - Prospekt gratis. Feine Anerkennungen. Pish. Umsatz ca. 18,000 Exempl. Vorzügliche Anerkennungen aus allen Kreisen.

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg 6, gegründet am 18. März 1891, in Folge der großen Tabakarbeiter-Aussperrung, beschäftigt ca. 100 Arbeiter in 2 Fabriken. Ueber hundert Sorten Cigarren! Preis per Mille von M. 28 bis 170. Illustrierte Preislisten stehen jederzeit zur Verfügung! An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter Konjunkturvereine direkter Versand zu Engros-Preisen.

Die Central-Berberge sämtl. Gewerkschaften Fürth befindet sich im Saalbau (neuerb. Gewerkschaftshaus) Fürtherstr. 3, 5, 7